

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Gysum.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adlestraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 8892.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonnezeitung oder deren Raum 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **173 900** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Die Arbeiter und das Submissionswesen.

Der Arbeitslohn ist einer der wichtigsten Faktoren in der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, denn von seiner Höhe hängt der Profit der Unternehmer ebenso sehr ab, wie der Stand der Lebenshaltung der Arbeiter, die gesamte Lage der ganzen Arbeiterklasse. Darum ist auch hier der Hebel anzusetzen, wenn man die Schmutzkonzurrenz auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen und auch dann, wenn man das Submissionswesen verbessern will. Man sollte meinen, diese Sachlage sei so einfach, daß sie von jedermann als etwas so selbstverständliches erkannt und behandelt werde, wie das Rechenexempel $2 \times 2 = 4$. Leider ist dem aber nicht so, wie erst jüngst wieder die Verhandlungen über das Submissionswesen im Reichstag gelehrt haben. Zwei Anträge bildeten die Grundlage der Verhandlungen, ein solcher des Zentrums und ein anderer der Sozialdemokraten. Beide Resolutionen lauten:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß 1. bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen durch die Reichsbehörden sowie durch die Landesverwaltungen Preußens, Sachsens und Württembergs auf die Handwerker und Arbeiter insbesondere des Leistungsortes tunlichst Rücksicht genommen werde, daß 2. für die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen durch die genannten Behörden tunlichst einheitliche Bestimmungen getroffen werden, welche die Art der Ausschreibung, die Bedingungen für die Beteiligung an dem Wettbewerb, das Zuschlags- und Abnahmeverfahren regeln und den Schädigungen entgegenwirken, welche durch das heutige Submissionswesen dem Handwerkerstand und dem Arbeiterstand zugefügt werden, daß endlich 3. von den hier nach getroffenen Bestimmungen dem Reichstag Kenntnis gegeben werde.“

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: in Ergänzung der alljährlich dem Reichstag zugehenden Übersichten über die Arbeiterverhältnisse der Meeres- und Marineverwaltung eine Denkschrift vorzulegen, in der aus den bei Vergabe von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen mit Unternehmern abgeschlossenen Verträgen die auf Löhne und andere Arbeitsbedingungen sich beziehenden Bestimmungen mitgeteilt werden.“

Beide Resolutionen unterscheiden sich voneinander dadurch, daß in derjenigen des Zentrums das Hauptgewicht auf die Handwerker und somit auf die Unternehmer, in der sozialdemokratischen dagegen auf die Arbeiter gelegt ist. Und dementsprechend gestaltete sich auch die Debatte. Der Zentrumsgesandte Gröber, der die Resolution seiner Fraktion begründete, wie auch alle anderen bürgerlichen Redner, traten in der Hauptsache für die Unternehmerinteressen ein, der sozialdemokratische Fraktionsredner hingegen für die Arbeiterinteressen. Dabei wurde mehrfach die Frage, ob Mittel- oder Mindestpreisverfahren, Freiheit oder Einschränkung des Wettbewerbes bei den Submissionen und andere Seiten der Angelegenheiten besprochen. Einig waren alle Redner darin, daß heute im Submissionswesen schwere Mißstände bestehen und daher eine zweckmäßige gesetzliche Regelung derselben geboten sei. In seiner handwerklichen und mittelstandspolitischen Rede wies Gröber auf eine interessante Erscheinung in Amerika hin. Dort haben sich in 17 Staaten die Bürger in ungeheurer Zahl zusammengeschlossen, um nur in sogenannten „guten Geschäften“ zu kaufen, das heißt in solchen, die Arbeitslöhne und Arbeitszeit angemessen festsetzen und die Arbeiterschutzgesetze streng innehalten. Was in Amerika Privatleuten, in Deutschland zahllosen Gemeinden möglich ist, fügte er hinzu, muß auch der Staat leisten können. Insbesondere muß er, wo Tarifvereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehen, auf deren Innehaltung streng achten. Er muß auch verhindern, daß die Submissionen zur Verbreitung der Heimarbeiter beitragen und damit den Stand der Arbeiterschaft herabdrücken.

Dr. Heinrich Braun begründete die sozialdemokratische Resolution in einer längeren und guten Rede. Da ihr Gröber wegen der geforderten Denkschrift den böswilligen Vorwurf der Obstruktion machte, erwiderte Braun sehr zutreffend, daß diese Forderung nach der ganzen Lage der Dinge doch nur Ironie sei, denn bisher war in den staatlichen Lieferungsverträgen bezüglich anständiger Arbeitsbedingungen so gut wie nichts bestimmt, da würde also eine Denkschrift schnell ausgearbeitet sein. In längeren Ausführungen erörterte er sodann die mittelstandspolitischen Bestrebungen, dem Handwerk durch die Regelung des Submissionswesens wieder aufzuhelfen, wobei er zu dem Schluß-

kam, daß auf den Industriegebieten, für welche die Staatsaufträge in Betracht kommen, neun Zehntel der Produktion schon längst den Handwerkern entzogen sind. „Submittenten sind nur Großindustrielle und Unternehmer, welche Heimarbeiter beschäftigen.“ Dem ist zum weitest größten Teile in der Tat so. Da auch Gröber kein System des Submissionsverfahrens angeben konnte, das ohne Mängel sei, so wäre doch das beste der staatliche Regiebetrieb, dann stelen mit dem Submissionsverfahren auch alle seine Mängel dahin. In anderen Ländern, zum Beispiel in England, hat man damit unter voller Berücksichtigung aller Arbeiterinteressen die befriedigendsten Erfahrungen gemacht. Wird aber die Submission beibehalten, so muß die Konkurrenz möglichst weit ausgebeutet werden, damit Überverteilungen des Staates, wie sie das Reich durch den Ring der Zulieferanten, die Preisstreiberien mit den Panzerplatten, die 60 Millionen Mark ihren Urheber eintrugen, erlebte, verhindert werden. Sodann erinnerte Braun an die Regelung des Submissionswesens in Württemberg und Bayern, die freilich noch verbesserungsbedürftig, an Kundgebungen von Unternehmerseite (Bauunternehmer in Dresden) für Tarifverträge und die Aufnahme der Lohnklausel in die Submissionsbedingungen, wobei er besonders den hohen sozialpolitischen Wert der Tarifverträge betonte und ihre gesetzliche Förderung verlangte. Im einzelnen stellte er vom Arbeiterstandpunkt aus als Forderungen, die unter die Submissionsbedingungen aufzunehmen sind, auf: Den Neunhunderttag und das Verbot des Schwitzsystems (Heimarbeiter). Wenn durch eine zweckmäßige Reform des Submissionswesens gewisse Schichten des Handwerks ebenfalls eine Förderung erfahren, so werde das sehr begrüßt und er schloß unter dem Beifall seiner Fraktionsgenossen: Das Handwerk im allgemeinen ist nicht zu retten, wenn auch große Schichten des Handwerks sich vielleicht noch längere Zeit halten werden. Denn soziale Prozesse gehen nicht so glatt auf wie ein Rechenexempel. Die erschütternde soziale Tragödie des Handwerks erweckt Grauen und Mitleid bei jedem, aber wenn man, wie wir, Vertrauen auf eine zukünftige Gesellschaft hat und überall keine zur neuen Gestaltung sieht, dann heißt es auch für das Handwerk: Nicht in die Vergangenheit führt der Weg zurück, sondern vorwärts durch Nacht zum Licht, durch die dunklen Pfade des Kapitalismus zum Sozialdemokratismus.

In widerlich demagogischer Weise kamen nun konservative, antisemitische, ultramontane Redner, um die Sozialdemokratie zum tausendsten Male als „handwerkerfeindlich“ zu denunzieren und sich selbst bei den Handwerkern als die wahren Retter in empfehlende Erinnerung zu bringen, eine Melange, die mit den raffiniertesten Warenhausreklamen erfolgreich sich messen kann. Wären schöne Worte auch wirkliche Taten, dann allerdings wäre das Handwerk durch diese Demagogie schon längst wieder zu einer Blüteperiode gebracht. Das ist aber nicht der Fall und so geht die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ungeachtet aller schönen mittelstandsvetterischen Reden weiter ihren Gang, das Handwerk weiter untergrabend, mag das nun bedauert oder begrüßt werden. Die Sozialdemokraten haben diesen Entwicklungsprozeß nicht erfunden, sie sind nicht seine treibenden Elemente, sie können ihn auch nicht aufhalten, so wenig wie andere Parteien, sondern nur konstatieren, was ist, etwas, was auch schärfer blickende bürgerliche Nationalökonomien, wie Brentano und Sombart, die den Mut ihrer Überzeugung haben, aussprechen und dafür allerdings von mittelstandsvetterischen Demagogen ebenfalls begeistert und ihren Regierungen denunziert werden.

Recht wohlwollend und entgegenkommend äußerte sich zur Frage des Submissionswesens Graf Posadowsky, der auch mitteilte, daß sich damit bereits die Reichspostverwaltung sowie die preussische Regierung beschäftigen und auch die Reichsregierung dazu gelangen werde.

Hoffentlich kommt es bald zu der Erfüllung dieses Wunsches und hoffentlich erfolgt die gesetzgeberische Regelung der Frage in einer die Arbeiter befriedigenden Weise.

Die erwähnte württembergische Verordnung, betreffend die Regelung des Submissionswesens, verbietet unter anderem die Berücksichtigung der Angebote solcher Unternehmer, in deren Betrieben eine über das übliche Maß erheblich hinausgehende Arbeitszeit eingehalten wird oder die Löhne hinter den in dem Gewerbezweig sonst üblichen Durchschnittslöhnen erheblich zurückstehen. Zu diesem Zwecke wird der vergebenden Behörde das Recht vorbehalten, von den Bewerber näheren Angaben über die Lohnverhältnisse und die in ihren Betrieben herrschende Arbeitszeit zu verlangen, weiter aber bestimmt, daß der mit dem Zuschlag bedachte Unternehmer an die von ihm angegebenen Arbeitslöhne und Arbeitszeiten gebunden sei. Soweit Tarifgemeinschaften oder ähnliche Vereinbarungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter bestehen, sollen die von diesen Verbänden festgestellten Arbeitsbedingungen für den Submissionsvertrag maßgebend sein. Weiter wird der

Verwaltung das Recht eingeräumt, in allen Fällen, wo der Unternehmer seinen Verbindlichkeiten gegenüber den von ihm beschäftigten Hilfskräften nicht nachkommt, Zahlungen für Rechnung des Unternehmers unmittelbar an diese Hilfskräfte zu leisten. Alle diese zunächst auf einem sozialen Gedanken beruhenden Vorschriften werden sich, weil sie es dem Unternehmer erschweren, durch Druck auf die Löhne und ungebührliche Arbeitszeit ihre Unterangebote auszugleichen, als wirkliche Mittel erweisen, unlautere Preisunterbietungen fernzuhalten. Bei der Wahl des Zeitpunktes für die Vergabe und bei der Bestimmung für die Lieferungsfristen soll möglich darauf Bedacht genommen werden, daß die Gewerbetreibenden die Arbeiten ganz oder teilweise während der geschäftstillen Zeit ausführen können. Eine andere Bestimmung, die die vergebende Behörde ermächtigt, bei der Aufstellung von Voranschlägen und Preisberechnungen und vor der Erteilung des Zuschlags Sachverständige heranzuziehen, ermöglicht der Verwaltung überall da, wo ihre eigene Erfahrung nicht ausreicht, die sachkundige Abwicklung des Submissionsgeschäftes. Die von Unternehmerverbänden geforderte Streikklausel ist abgelehnt worden, gleichfalls die aus Handwerkerkreisen stammende Forderung, die Arbeit nur an Handwerker zu vergeben, welche die Berechtigung haben, den Meisterstitel zu führen.

Diese Verordnung ist recht anerkenntenswert, sie kann aber noch erheblich verbessert werden, was durch das in Aussicht gestellte Reichsgesetz geschehen kann.

Sehr begrüßenswert ist die strikte Ablehnung der Streikklausel, die für alle Scharfmacher, so auch für den neugegründeten Arbeitgeberverband, ein Mittel der Unterdrückung, Entrechtung und Ausbeutung der Arbeiter ist. Das wäre eine heitere „Sozialpolitik“ von Staat und Gemeinde, die in die Submissionsbedingungen statt die Lohnklausel die Streikklausel, statt den Schutz der Schwachen den Schutz der Starken und Mächtigen aufnehmen und ferner auf diese Weise den Arbeitern ihr Koalitions- und Streikrecht illusorisch machen würde. Die Unternehmer sollen nur den Arbeitern entgegenkommen und ihnen anständige Arbeits- und Lohnbedingungen gewähren, dann haben sie sich ihre Ruhe gesichert, denn zum bloßen Vergnügen, aus lauter Streiklust streiken heutzutage die Arbeiter nirgends mehr.

Mit der Frage des Submissionswesens haben sich auch schon verschiedene gewerkschaftliche Kongresse beschäftigt, so der Gewerkschaftskongress 1903 in Stuttgart, der Bauarbeiterkongress 1903 in Berlin. Die Zentralkommission für Bauarbeiterchutz in Hamburg hat sie in einer vor zwei Jahren erschienenen wertvollen Broschüre („Lohnklausel und Minimallohn“) besprochen. Der Stuttgarter Gewerkschaftskongress wandte sich besonders gegen die Unternehmerforderung der Streikklausel und empfahl dringend die Aufnahme der Lohnklausel in die Submissionsverträge. „Der Gewerkschaftskongress erachtet es als eine der hervorragendsten sozialpolitischen Aufgaben der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, mit gutem Beispiel voranzugehen und ihren Arbeits- und Lieferungsverträgen eine diesbezügliche Klausel einzufügen und die Innehaltung derselben zu überwachen.“ Auch der Berliner Bauarbeiterchutzkongress, der in der bezüglichen Resolution zunächst den Regiebetrieb befürwortet, empfiehlt die Aufnahme der Lohnklausel, welche den Unternehmer verpflichtet, „etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau innezuhalten, oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtverbindlich für sich anzuerkennen.“ Die Resolution fordert schließlich die Bauarbeiter aller Branchen beziehungsweise aller Bauarbeiterorganisationen dringend auf, für die praktische Durchführung der Lohnklausel recht energisch tätig zu sein.

An dem Submissionswesen sind auch viele Zehntausende von Metallarbeitern in hohem Grade interessiert. Zunächst die Klempner und Schlosser an den Bauarbeiten, sodann aber alle Metallarbeiter, welche in Maschinenfabriken, elektrotechnischen Betrieben, Schiffsbauanstalten, Waggonfabriken, in städtischen Gasfabriken, Elektrizitätswerke, für die Zentralheizungen in öffentlichen Gebäuden, für die Staatseisenbahnen und städtischen Straßenbahnen, für die Militär- und Marineverwaltungen und so weiter ausgeführt werden. Es handelt sich dabei alljährlich um Hunderte von Millionen Mark, für welche große Summen Aufträge an private Unternehmungen erteilt werden. Es ist klar, daß es unter diesen Umständen von der größten Wichtigkeit ist, das Submissionswesen rationell zu regeln, so daß dabei die Interessen der Arbeiter in genügendem Maße gewahrt werden.

Da die Frage nunmehr reichsgesetzlich geregelt werden soll, haben ihr auch die Metallarbeiter die fortgesetzte, ernste Aufmerksamkeit zu widmen, wozu dieser Artikel alle unsere Kollegen anspornen soll.

Das Prämien-system in den britischen Staatsbetrieben.

In den der britischen Admiralität unterstellten Betrieben ist neuerdings das Prämien-system eingeführt worden. Die darauf bezügliche Bekanntmachung ist interessant genug, daß wir sie unseren Lesern im Wortlaut glauben mitteilen zu sollen.

Mitteilung an die Arbeiter.

Am 14. März 1904 wird in diesem Betrieb das Prämien-lohnsystem eingeführt werden. Zunächst wird es bei verschiedenen Arten von Maschinenarbeit angewendet werden, worauf es, wenn sich befriedigende Resultate erzielen lassen, weiter ausgedehnt werden wird.

Das System wird den Arbeitern ermöglichen, außer ihrem gewöhnlichen Wochenlohn eine Extravergeltung für Ausführung einer Arbeit in geringerer Zeit als festgesetzt ist, zu verdienen.

Das System kann kurz folgendermaßen beschrieben werden: Wenn eine Arbeit ausgegeben wird, wird eine gewisse Zeit zu ihrer Ausführung festgesetzt werden, die ermittelt ist aus der bekannten Zeit, die in dieser Werkstatt zu ähnlichen Arbeiten verbraucht ist. In diese festgesetzte Zeit wird alle notwendige Zeit für die Herbeischaffung von Werkzeug und Material, Einrichtung der Maschinen, Aufspannen und Um-spannen der Arbeitsstücke auf den Maschinen, Wechsel von Werkzeugen und Ablieferung der Arbeit mit einbegriffen sein.

Wenn die Arbeit in kürzerer Zeit als bewilligt ist, gut ausgeführt wird, ist der Arbeiter zu einer Prämie berechtigt, die sich nach der ersparten Zeit richtet.

Wenn er dagegen mehr Zeit braucht als festgesetzt ist, wird ihm nur sein gewöhnlicher Lohn bezahlt werden.

Daraus ergibt sich, daß, während der Arbeiter seinen Lohn durch besondere Anstrengungen zu erhöhen imstande ist, er andererseits durch die Einführung des Systems kein Geld verlieren kann.

Die Prämie wird folgendermaßen berechnet: Der Wert einer „Prämienstunde“ wird gleich $\frac{1}{48}$ des Wochenlohnes des betreffenden Arbeiters gesetzt* und die Gesamtsumme der bei einer Arbeit verdienten Prämie wird ungefähr in demselben Verhältnis zu dem gewöhnlichen Lohn für die verbrauchte Zeit stehen wie die ersparte Zeit zu der festgesetzten Zeit.

Beispiel: Angenommen, einem Arbeiter seien 48 Stunden zur Ausführung einer Arbeit gegeben und er verrichtet sie in 36 Stunden, so erspart er ein Viertel oder 25 Prozent von der zur Verrichtung der Arbeit verbrauchten Zeit zugute gerechnet, so daß ein Handwerker, der 36 Schilling pro Woche bezieht und dessen „Prämienstundensatz“ mithin 9 Pence beträgt, 9×9 Pence = 81 Pence für diese Arbeit als Zuschlag zu seinem Zeitlohn erhalten wird.

Ferner: Ein gelernter Arbeiter (skilled Labourer) mit 24 Schilling Wochenlohn, dessen Prämienstundensatz dementsprechend 6 Pence beträgt, würde in dem angeführten Beispiel 9×6 Pence = 54 Schilling 6 Pence Prämie empfangen.

Eine bequeme Methode für den Arbeiter zur Berechnung seiner Prämie ist, die gebrauchte Zeit mit der ersparten Zeit zu multiplizieren und das Produkt durch die festgesetzte Zeit zu dividieren, sämtliche Angaben nach Stunden berechnet. Dies wird die Anzahl der Prämienstunden ergeben, die, multipliziert mit dem Prämienstundensatz, die als Prämie verdiente Summe ergeben wird.

Oder sie kann folgendermaßen ermittelt werden:

$$\frac{\text{verbrauchte Zeit} \times \text{ersparte Zeit}}{\text{festgesetzte Zeit}} = \text{Prämienzeit}$$

In dem schon angeführten Beispiel:
 $\frac{36 \times 12}{48} = 9$ Prämienstunden.

Die verbrauchte Zeit wird auf die nächste volle Viertelstunde abgerundet werden.

Um die Prämien zu berechnen, werden zu der verbrauchten Zeit sämtliche Arbeitsstunden vom Beginn der Arbeit bis zum Beginn der nächsten Arbeit zusammengerechnet werden.

Überstundenarbeit sowie Nacharbeit wird wie bisher mit Überstundenzuschlag bezahlt werden, wird aber bei der Berechnung der Prämien nur als gewöhnliche Arbeitszeit betrachtet werden.

Verlorene Zeit oder Abwesenheit ohne Urlaub wird mit in die verbrauchte Zeit eingerechnet werden. Abwesenheit mit Urlaub wird nicht mit in die verbrauchte Zeit eingerechnet werden.

Nach diesem System wird folgendermaßen gearbeitet werden: Jeder Arbeiter empfängt beim Beginn einer Prämienarbeit einen Arbeitszettel, auf dem er eine Beschreibung der Arbeit sowie die Zeit des Anfangs, die zur Ausführung bewilligte Zeit sowie andere Einzelheiten, wie Arbeitsnummer etc. vorfinden wird.

In diesen Zettel wird der Werkstattvorsteher die täglich verarbeitete Zeit sowie alle Einzelheiten betreffend Überstunden, Urlaub und verlorene Zeit und, wenn die Arbeit fertig ist, die auf die nächste volle Viertelstunde abgerundete Zeit der Beendigung eintragen.

Der Zettel ist sodann dem Inspektor zurückzugeben und wenn die nächste Arbeit ebenfalls nach dem Prämien-system ausgeführt wird, so wird die Zeit des Beginns der neuen Arbeit zugleich als die Zeit der Beendigung der vorigen Arbeit angesehen werden.

Nachdem die Arbeit nachgesehen und für gut befunden worden ist, wird die dabei verdiente Prämie so bald wie möglich dem Arbeiter eingehändigt werden.

Die Prämien werden wöchentlich ausbezahlt und zwar am Freitag der folgenden Woche.

Es versteht sich von selber, daß eine Prämie nicht eher ausbezahlt wird, als bis die Arbeit nachgesehen und für gut befunden worden ist.

Wenn eine Arbeit nicht für gut befunden werden wird, so wird der Arbeiter keine Prämie dafür empfangen, es sei denn, daß er sie noch innerhalb der festgesetzten Zeit ausbessern kann; in diesem Falle wird er eine Prämie empfangen, sobald noch etwas von der ersparten Zeit übrig ist.

Es wird keine Prämie bezahlt für Gegenstände, die sich infolge von mangelhaftem Material oder aus einem anderen Grunde während der Bearbeitung als mangelhaft erweisen; wenn aber einer oder mehrere gleiche Gegenstände, für die eine Gesamtzeit festgesetzt ist, als mangelhaft befunden werden, wird der Arbeiter eine Prämie für den Rest erhalten. Die Prämie wird dann nach der Ersparnis an der entsprechend der Anzahl gut befundener Gegenstände reduzierten Zeit-festsetzung berechnet werden.

Es wird keine Vergütung (allowance) gewährt für Störungen, die durch Riemenbruch, Stillstand der Betriebs-maschinerie oder aus irgend einer anderen Ursache entstanden sind.

In Fällen, wo die Arbeit unterbrochen worden ist, um eiligere Arbeit vorzunehmen, oder aus irgend einem anderen Grunde, wird der Arbeiter seinen Arbeitszettel seinem Inspektor zurückgeben und die Zeit der Zurückgabe wird darin eingetragen werden (diese Zeit gilt zugleich als die Anfangszeit für die nächste Arbeit, falls sie nach dem Prämien-system ausgeführt wird). Die Zeit, die bis zur Unterbrechung auf die Arbeit verwendet worden ist, wird als Teil der verbrauchten Zeit verrechnet und bei Wiederausgabe des Arbeitszettels wird die Zeitfestsetzung, wenn notwendig, nachgeprüft werden, um dem Arbeiter eine ebensolche Gelegenheit zu geben, eine Prämie zu verdienen, wie es möglich gewesen wäre, wenn er die Arbeit nicht hätte unterbrechen müssen.

Soweit es möglich ist, werden die Zeitfestsetzungen für bestimmte Arbeiten nicht verkürzt werden, nachdem sie einmal befestigt und als normal zu betrachten sind, es sei denn, daß eine neue Arbeitsmethode eingeführt werde, die eine Revision der Zeitbestimmung notwendig macht. Wenn aber eine Zeitbestimmung dem Arbeiter nachteilig ist, so kann sie mit Genehmigung des leitenden Beamten der Abteilung erhöht werden.

Wenn einige der Arbeiten in der Abteilung als nicht geeignet für die Ausführung nach dem Prämien-system erachtet werden, so kann der Arbeiter aufgefordert werden, sie entweder nach dem Prämien-system oder im Zeitlohn zu machen, je nachdem es die Gelegenheit und die Arbeit erheischen mag. Lehrlinge werden vorläufig noch nicht nach dem Prämien-system beschäftigt werden.

Es wird erwartet, daß die Einführung des Prämien-systems die Arbeiter veranlassen wird, ihrer Arbeit, ihren Maschinen, Werkzeugen und sonstigen Einrichtungen größeres Interesse zuzuwenden und daß sie ferner mit Eifer bemüht sein werden, ihren Vorgesetzten Vorschläge zu machen, wie Verbesserungen und Zeitersparnisse ermöglicht werden können, wodurch sich bessere Arbeitsmethoden ermöglichen lassen.

Es wird hervorgehoben, daß verstärkter Kraftaufwand und Fleiß von Seiten der Arbeiterschaft im Verein mit solchen aus ihrer Anregung entstandenen Verbesserungen und begleitet von in kürzerer Zeit als bisher hergestellten Arbeiten sich der Arbeiterschaft bald vorteilhaft erweisen werden, indem sich ihr Prämien-einkommen vergrößert.

Auf Befehl ihrer Lordschaften

Evan Macgregor.

Wer diese mit großem Raffinement ausgearbeiteten Bestimmungen aufmerksam durchliest, wird gleich uns zu dem Schlusse kommen, daß alles davon abhängt, in welcher Weise sie durchgeführt werden, ob sie human gehandhabt werden oder nicht. In den Händen eines strapelloßen Antreibers und gegenüber einer indifferenter unorganisierten Arbeiterschaft kann dieses System zu einem fürchterlichen Ausbeutungsmittel werden, umgekehrt kann es bei humaner Handhabung — besonders, wenn bei der Zeitfestsetzung freigebig verfahren wird — Formen annehmen, mit denen sich die Arbeiterschaft unter den heutigen Verhältnissen abfinden kann.

Der Maschinenbauerverband hat die Vertrauensmänner seiner auf den Staatswerken beschäftigten Mitglieder gleich nach Erscheinen der Bekanntmachung zu einer Konferenz zusammenberufen, in der zu der Sache Stellung genommen worden ist. Selbstverständlich wird der Verband auch in Zukunft der Sache die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Da das Prämien-system ohne Zweifel immer mehr zur Durchführung gelangen wird, ist der von der britischen Admiralität unternommene Versuch von größter Wichtigkeit. Auch wir werden diesen Versuch im Auge behalten und gelegentlich über seine Ergebnisse berichten.

Die Bielefelder Metallindustrie im Jahre 1903.

Wohr noch wie die Erzeugnisse der Textilindustrie, Damast, Bielefelder Beinen u. s. w., sind in den letzten Jahrzehnten Bielefelder Nähmaschinen und Fahrräder bekannt geworden. In der heimischen Produktion steht daher die Metallindustrie an erster Stelle. Das reflektiert nicht allein aus der Aufwärtsentwicklung und Ausdehnung der älteren bekannten Unternehmungen, sondern die Produktionszweige in der Fabrik selbst haben sich in den letzten Jahren bedeutend vermehrt. Wohl ist andererseits die Fabrikation von Gas-motoren ausgesetzt, doch ist dieser Bereich als solcher sicherlich von niemandem empfunden worden. Stehen diesem Abgang doch als neue Fabrikationszweige gegenüber die Herstellung von Leder-walzen, Reibmaschinen, Motorrädern, Automobilen und zuletzt, doch nicht zumeist, die Fabrikation von Milchzentrifugen. Eine weitere Ausdehnung haben erfahren teils durch Errichtung neuer, teils durch Erweiterung älterer Werke die Produktion von Fahrrad-teilen und Fahrradstützen, von Laternen für Fahrräder und Auto-mobile und von Automobilzubehörsstücken.

Diese zuletzt angeführten Tatsachen beweisen, daß auch die Ent-wicklung der Produktionsmethode Schritt gehalten hat mit der räumlichen Ausdehnung der Industrie, die Entwicklung zur Teil-arbeit nämlich, die sich nicht nur auf die Arbeitsteilung im Betrieb selbst beschränkt, sondern das ganze Produkt auf verschiedene Werke spezialisiert. Einzelne Bestandteile des Fahrrades, wie zum Beispiel Naben, Pedale, Ketten, Ketten u. s. w., haben tiefen Absatz ge-funden, aus welchem Grunde ein im Berichtsjahr neu entstandenes Werk die Fabrikation von Pedalfahrrädern ebenfalls als Spezialität betreiben wird.

Nicht in dem Maße, wie insbesondere die Fahrrad- und Näh-maschinenindustrie an Umfang und Bedeutung gewonnen, kann sich die Fabrikation von Werkzeugmaschinen der Ausdehnung rühmen. Zimmerman ist auch, hier besonders, im Berichtsjahre eine wesentlich bessere Geschäftslage eingetreten, die auch diesem Zweige einige neue Betriebe brachte.

So sieht das Bild der Metallindustrie Bielefelds im allgemeinen aus, und es bleibt im wesentlichen dasselbe, wenn wir es, wie das in diesem Artikel geschehen soll, vom Gesichtspunkt des Wirtschafts-jahrs 1903 betrachten.

Der Ausgang des Jahres 1902 eröffnete, wie für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands, auch für die Metallindustrie Bielefelds eine wenig erfreuliche Perspektive. Ja, noch mehr. Wenn sich bräuben im Wetterwinkel der Eisenindustrie, im Ruhr- und Kohlen-revier, die Wolken der wirtschaftlichen Krise schon wieder zu zer-teilen beginnen, dann steht hier die Krise erst mit voller Wucht ein. Schon von 1899 an war die Geschäftslage eine äußerst gedrückte, so daß der Bericht der Bielefelder Handelskammer leider allzu Recht hatte, wenn er von der Konjunktur 1902 folgendes berichtete: „Ob-wohl nun in Anbetracht der allgemein schlechten Lage Arbeiter-entlassungen, Beschränkungen der Arbeitszeit und Lohn-herabsetzungen vorgenommen werden mußten, so ist doch dank dem Umstand, daß die Beschäftigung in den einzelnen Industrie-zweigen ungleichartig war, die Arbeitsnot in unserem Bezirk nicht so schroff zutage getreten, wie man vielleicht hätte befürchten können.“

Das Frühjahr 1903 brachte nun endlich den lang ersehnten Ausblick auf eine Besserung. Zwar konnte ein Rückschlag von der besseren Geschäftslage im Frühjahr auf das ganze Jahr tragen, denn im Januar setzt die Saison für Fahrräder ein. Allein das Jahr hat gehalten, was sein Anfang versprach. Die für die Arbeiter so fühlbaren Symptome der wirtschaftlichen Depression, die der oben zitierte Bericht der Handelskammer ja so treffend herausgeholt: Entlassungen, Beschränkungen der Arbeitszeit und Lohnherabsetzungen sind seltener geworden. Wir sagen nicht, daß sie ganz verschwunden. Denn in solchen Betrieben, in denen die Organisation noch nicht Fuß gefaßt konnte, werden Lohnherabsetzungen noch heute versucht und — durchgeführt. Doch sind im allgemeinen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berichtsjahr nicht verschlechtert worden.

Der soeben erschienene Bericht der Bielefelder Handelskammer für 1903 läßt im wesentlichen in allen Zweigen den Umschwung im Erwerbsleben deutlich erkennen. Eine noch deutlichere Sprache reden allerdings die Jahresbilanzen der Aktiengesellschaften von vormalig Dürkopp & Co., vormalig Hengstenberg & Co. und H. Koch & Co., die 6, 12 und 25 Prozent Dividende verteilen konnten. Am besten ist dabei wieder Dürkopp's Fabrik gefahren, aber auch die Hengsten-berger Aktiengesellschaft hat trotz den reichlicheren Abschreibungen 2 Prozent mehr verteilen können wie in den Vorjahren. Wie die übrigen Fabriken abgeschlossen, insbesondere die größeren Werke Baer & Rempel, Aug. Goeride, Lehmann, bleibt vorläufig Geheimnis der Geldschränke. Sicher ist jedoch, daß auch hier die „Entbehrungs-löhne“, die „Risikoprämien“ keine allzu geringen gewesen sind.

Eine unruhigere Nutzung von der Besserung der Ge-schäftslage machen nach dem Bericht der Handelskammer die Eisen-gießereien. Das dürfte nach unseren Erfahrungen kaum zutreffen. Mag sein, daß der Unternehmergewinn noch immer nicht wieder die Höhe erlangt hat wie in den früheren Jahren der wirtschaftlichen Prosperität, und richtig ist auch, daß namentlich die Löhne in den Gießereien in und um Bielefeld die miserabelsten sind. Aber eine erhebliche Zunahme der Beschäftigung ist doch zu verzeichnen. Nicht nur, daß die Einschränkung der Arbeitszeit im Jahre 1902 wieder durch die reguläre Arbeitszeit abgelöst wurde (in einzelnen Betrieben ist sogar länger gearbeitet worden), sondern es sind sogar einige Gießereien neu errichtet, und die Arbeiterzahl ist keine geringere ge-worden. Die Misere in den Gießereibetrieben erklärt sich aus anderen Ursachen, die der Bericht treffend folgendermaßen anführt: „Da es nicht möglich ist, gegenüber den starren Syndikatsbedingungen die Werke zweiter Schmelzung zu vereinigen und auf Mindestverkaufs-preise zu verpflichten, so lastet der Preisniedergang außerordentlich schwer auf den Gießereien. Namentlich sind die Preise im Bau- und Maschinen-guß auf einem Tiefstand angelangt, der mit den Gestehungs-kosten schon längst nicht mehr in Einklang gebracht werden kann. Es bleibt daher den einsichtigen Gießereien nur der Weg der Selbst-hilfe offen, der darin besteht, daß sie nicht zu Preisen liefern, bei denen ein Gewinn ausgeschlossen ist. Erschwerend kommt hinzu, daß die Hochöfenwerke, von denen die Gießereien das teure Eisen zu nehmen gezwungen sind, bei gewissen Gußzeugnissen in Wettbewerb treten, gegen den erfolgreich anzukämpfen von vornherein ausge-schlossen ist. In diesen Fällen sind daher die Gießereien auf den Bezug von ausländischem Eisen angewiesen.“

Das sind die Blüten des Syndikatsgebahrens, wucherische Aus-beutung der kleineren Werke bis zum Ruin. Man ist versucht, an-gesichts dieser beweglichen Klagen über den Eisenwucher der Syn-dikatsbarone, unsere armen Gießereibesitzer herzlich zu bemitleiden...

Über die Geschäftslage der Press- und Ziehwerke bemerkt der Bericht, „daß die Werke vollauf beschäftigt und zeitweise sogar gezwungen waren, mit Überstunden zu arbeiten“. Die Arbeiterzahl ist im Berichtsjahr entsprechend der regeren Beschäftigung vermehrt worden. Auch in diesem Zweige sind die Löhne und Aufordräge für die ungelerten Arbeiter äußerst niedrig und die Fluktuation in den Betrieben bedeutend. Wenn man nun bedenkt, daß die Arbeiten in den Press- und Ziehwerken oft bei der größten Hitze, immer aber im größten Schmutz und Schweiß verrichtet werden, und sich weiter die geringe Bezahlung dieser Arbeiten vergegenwärtigt, dann mutet es eigentümlich an, wenn der Bericht der Handelskammer (der, wie wir gerne anerkennen, objektiv und ohne Ausfälle gegen die Arbeiter-organisationen gehalten ist) bezüglich der Lohnverhältnisse dieses Zweiges lakonisch bemerkt: Lohnherabsetzungen wurden nicht vorgenommen. Wir fügen hinzu: Lohnaufbesserungen erst recht nicht.

Eine wesentliche Besserung dem Vorjahr gegenüber ist auch in den Kesselschmieden eingetreten. Am Schlusse des Jahres schien aber auch dieser Zweig sich mehr zu beleben. Leider konnten die Reduktionen einiger Aufordräge auch auf dem größten dieser Werke, dem „Kupferhammer“ bei Braclwede, nicht abgewehrt werden. So lange eben Herr Dr. Möller, der Bruder des preussischen Handelsministers und Mitbesitzer vom „Kupferhammer“, noch im-stande ist, die Arbeiter Braclwedes mit einigen sozialpolitischen — Wohlthatstropfen, mit Vorträgen und dergleichen über ihre wahre Lage hinwegzutäuschen, so lange wird auch wohl die Gefahr nicht ausgeschlossen sein, der einen Lohnherabsetzung viele andere folgen zu lassen.

Bon der Fabrikation der Werkzeugmaschinen kann dagegen eine nachhaltige Besserung in der Geschäftslage berichtet werden, doch sind die Lohnverhältnisse für die Arbeiter noch immer die denkbar ungünstigsten. Stundenlöhne von 26 Pf., ja, von 22 Pf. für gelernte Dreher und Schlosser sind in den Fabriken nichts seltenes. Infolge wiederholter Kritiken in der Tagespresse sind an einigen Stellen die Löhne für gelernte Arbeiter wohl etwas erhöht worden, doch wird es noch der fleißigsten Organisationsarbeit bedürfen, um eine auch nur befriedigende Aufbesserung der Löhne zu erzielen. Lebhafter hat sich auch der Absatz an Milchzentrifugen ge-staltet. Bernehrung der Arbeiterzahl, zeitweise auch Überstunden,

* In England herrscht auf den Staatswerken bekanntlich der Zeit-lohn.

mit Ausnahme eines Betriebs stabile Arbeitslöhne - in diesen Umständen äußerte sich für die Arbeiter die Besserung dieses Zweiges.

Bezüglich der Fabrikation von Hebezeugen, Binden u. s. w. läßt ebenfalls das Berichtsjahr eine wesentliche Besserung erkennen.

Am besten war 1903 die Nähmaschinen- und Fahrradbranche beschäftigt. Der Bericht der Handelskammer Bielefeld, den wir wiederholt in diesem Artikel angezogen, verbreitet sich eingehend über die Konkurrenz, die der deutschen Nähmaschinenfabrikation durch die amerikanische Singer-Company erwächst.

Auch in der Nähmaschinen- und Fahrradbranche sind die Löhne ziemlich stabil; keineswegs soll damit aber gesagt sein, daß sie befriedigende sind.

Der „Schutz der nationalen Arbeit“ macht es, wie Figura zeigt, auch in diesem Falle dringend erwünscht, die für Handel und Industrie so hinderlichen Zollschranken zu beseitigen.

Das ist, in großen Zügen gezeichnet, die Metallindustrie Bielefelds im Jahre 1903. Hoffentlich können wir im nächsten Jahre berichten, daß im Jahre 1904 auch die Arbeiter an der besseren Geschäftslage partizipierten durch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Buschbach und August Pieler in Solingen, ersterer in der Fabrik von J. A. Gendels, letzterer in der von J. A. Schlemper, Vorrichtungen an Exzentropressen ausgeführt, durch welche eine Verlegung der Finger der Arbeiter verhindert wird.

Die „Schutzbrillenfrage“ hat wiederum zu größerem Schriftwechsel geführt. Es handelte sich namentlich darum, ob beim Stemmen und Nieten Schutzbrillen getragen werden sollen.

Wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften wurden 9 Arbeiter in Ordnungstrafen genommen in Höhe von 3 bis 6 Mk. Gerichtliche Verurteilungen von Betriebsunternehmern und Arbeitern wegen Herbeiführung von Unfällen gelangten zweimal zur Kenntnis.

Table with 2 columns: Cause of accidents and number of cases. Includes categories like 'Mangelhafte Betriebsrichtungen', 'Keine oder ungenügende Anweisung', etc.

Von den Unfällen hatten 2 (10) den Tod des Verletzten zur Folge. (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das vorige Betriebsjahr.)

Aus dem Geschäftsbericht der Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie-Berufsgenossenschaft für 1903.

Es standen am Schlusse des Berichtsjahres 2118 Betriebe im Kataster verzeichnet, in denen 42493 Arbeiter und Betriebsbeamte, gegen 86598 im Vorjahr, beschäftigt waren.

16 Unfälle, die sich außerhalb des Betriebs ereigneten. Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle betrug demnach 1325 gegen 1196 im Vorjahr; für 1000 Versicherte 31,6, gegen 30 im Vorjahr.

Der Gesamtbeitrag der im Jahre 1903 bezahlten Entschädigungen belief sich auf 261798,40 Mk., gegen 281691,95 Mk. 1902.

Revidiert worden sind 890 (198) Betriebe, in denen durchschnittlich 9581 (4800) Personen beschäftigt werden. In 84 (35) der besichtigten Betriebe fanden sich Mängel, deren Beseitigung in der bisher üblichen Weise angeordnet worden ist.

Table listing safety defects and their frequency. Includes items like 'Ungeprüfte Schwung- oder Zahnräder', 'Fehlende oder mangelhafte Unfallverhütungsvorschriften', etc.

Bezüglich der Anbringung von Schutzvorrichtungen an neuen Maschinen ist ein Fortschritt noch immer nicht zu erkennen. Den Maschinenfabrikanten und Maschinenkonstruktoren ist augenscheinlich die Gefahr, welche die arbeitende Maschine bietet, nicht bewusst.

Die Arbeitszeit in den Werken der Weltfirma Siemens-Schuckert.

Über dieses Thema sprach am Sonntag den 8. Mai der Verbands-Bevollmächtigte Karl Fiensthal vor etwa 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Charlottenburger Siemens-Schuckert-Werke in Saale der Berliner Kronenbrauerei.

Zur Sache selbst übergehend, beleuchtete Nebner dann die Praktiken der Siemens-Schuckert-Gesellschaft in bezug auf die verschiedenartige Festsetzung der Arbeitszeit in ihren Wiener, Münchener und Berliner Werken.

Im übrigen hat die Versammlung aus den Ausführungen des Referenten die Übergangung gewonnen, daß in bezug auf die Arbeitszeitverlängerung sowohl in Nürnberg als auch in Berlin-Charlottenburg der Einfluß des Verbandes deutscher Metallindustrieller auf die ihm offiziell zwar nicht angehörende Firma ein unerwünschter ist.

zeitverlängerung geradezu auf die bekannnten arbeiterfeindlichen Beschlässe des Arbeitgeber-Verbandes beruht, beweisen zur Evidenz, daß die Firma Siemens-Schuckert genau so nach der scharfmarkeisenen Felle des Rühnenmänner langt wie die übrigen Metallindustriellen.

Damit war klipp und klar dokumentiert, daß die so „lieblich“ eingeführte achtstündige Arbeitszeit einfach außer Kurs gesetzt worden war und nur die zehnstündige Arbeitszeit als Normalleistung anerkannt wurde.

So also steht es mit der achtstündigen Arbeitszeit im Charlottenburger Werk - dank der Schlapheit und Schlafmüdigkeit der dortigen Arbeitermehrheit, die vielleicht jeden Tag brünstig den Dank und Bittgebete zur Seele des alten verstorbenen Herrn v. Siemens emporschickt und es darüber in seliger Bergessenheit versäumt, sich der Organisation anzuschließen.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Äußerung des Herrn Direktors Diehlmann gegenüber dem Nürnberger Arbeiterausschuß, wonach er die dort geforderte Verlängerung der Arbeitszeit unter dem Hinweis darauf ablehnte, daß im Charlottenburger Werke die achtstündige Arbeitszeit nur auf dem Papier bestünde.

Im weiteren ist das Wort jetzt darauf, daß die christlichen Gewerkschaften nicht „lieblich“ bei den Arbeitgeber sind. Nun, an Verlangen es zu werden, fehlt es ja doch wahrlich nicht. Die stets Betrugung, die christlichen Gewerkschaften seien der beste Schutzmaß

Christliches.

Die Westdeutsche Arbeiterzeitung ist ungehalten darüber, daß die Metallarbeiter-Zeitung von den Vorgängen zu Kevelaer Notig genommen hat. In ihrer vorletzten Nummer erzählt sie ihren Lesern, die Metallarbeiter-Zeitung hätte „aus dem Unfand, daß es auch einige christliche Arbeitgeber gibt, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht strengt machen“.

gegen die Sozialdemokratie, läuft doch auf weiter nichts hinaus, als diese Gewerkschaften den Unternehmern schwächer zu machen. Ist doch im Navelaerer Falle die Besideutsche selbst in einer Aufschrift dies mit den Worten zu: "Ich betone dabei ausdrücklich, daß die Arbeiter keinerlei Forderung gestellt haben und auch nicht beabsichtigen, welche zu stellen, sie wollen vielmehr das bisherige gute Verhältnis gern weiter beibehalten." Was, man organisiert sich christlich, nicht um Forderungen zu stellen, sondern - weil der "sozialdemokratische" Wuchhändler-Verband dort Fuß zu fassen versucht.

Die den "Interprofessionellen" so nahe stehende katholische Volkszeitung bemüht sich auch tagaus tagein bei den Unternehmern die christlichen Gewerkschaften "lieblich" zu machen. In ihrer Nummer vom 15. Mai widmet sie dieser Arbeit wieder einen Beiheftartikel. Diesmal nimmt sie die Münsterländer Arbeitgeber ins Gezielte, die den armen christlichen Textilarbeiter-Verband nicht "aufkommen" lassen, derselbe frisse in dem katholischen Münsterland nur "ein relativ kümmerliches Dasein", weil "den Arbeitgebern vielfach das Verständnis für eine Organisation der Arbeiter fehlt". Man glaube und spreche nur immer von einer Organisation zu Streikzwecken. O, diese bösen Fabrikanten, so schlecht von den Gewerkschaftsmitgliedern zu denken.

Gleich ihrem Prinzip, überall da als Reklame aufzutreten, wo die moderne Gewerkschaftsbewegung sich der bedrängten Arbeitermassen annimmt, handeln die Christlichen auch wieder im Rheingau. Das Wiesbadener Zentrums-Vollblatt und ihm nach die Kölnische Volkszeitung stoßen, weil für Wiesbaden und den Rheingau ein "sozialdemokratisches" Arbeitsekretariat errichtet werden soll, den "Anspruch aus: daß man endlich auch im Rheingau der Gründung christlicher Gewerkschaften und der Anstellung eines Arbeitsekretärs näher trete. Wollen wir warten, bis auch der letzte christliche Arbeiter aus von den Sozialdemokraten weggeschleppt und "frei" organisiert ist?"

Also nicht um die Hebung der Lage der Arbeiter im Rheingau ist es diesen Korrupten zu tun, sondern lediglich die Furcht vor dem Vordringen der modernen Arbeiterbewegung ist die Triebfeder ihres Handelns. Man soll der Gründung christlicher Gewerkschaften näher treten, um diese dann als Sturmböck gegen gerechte Arbeiterforderungen benutzen zu können.

Dabei geht es auf dem Kriegsschauplatz Saarabens lustig weiter, auf "dem Boden des Christentums" fliegen Erklärungen herüber und hinüber. Wie oft hat man von katholischer Seite abgestritten, daß man sich uns gegenüber des Mittels der Saalabtreiber bediene. Heute machen die armen Christlichen ihren eigenen katholischen Seelsorgern diesen Vorwurf. In der Kölnischen Volkszeitung heißt es hierüber: "In einigen Orten des Saarreviers wurden den Christlichen Gewerkschaften auf Betreiben der katholischen Geistlichen bereits gemietete Säle wieder abgefragt u. s. w. Die Priorate der christlichen Gewerkschaften, alles gute Katholiken, sahen sich daher gezwungen, ihre Versammlungen bei liberalen Wirten abzuhalten, da die katholische Geistlichkeit auf diese keinen Einfluß habe."

Unsere Kollegen im übrigen Deutschland, die mit solchen Arbeitsbrüdem nichts zu tun haben, können daraus ersehen, welche Schwierigkeiten wir zu überwinden haben, wo man schon gegen die eigenen Glaubensgenossen sich solcher Mittel bedient. Und trotzdem geht's auch in diesen Gegenden maulschallig vorwärts, in unserem Verband wie auch in den anderen freien Gewerkschaften. Berlin.

Hirsch-Dunkeriana.

In der letzten Zeit sind den Herren Hirsch-Dunkerianern kräftige moralische Maulschellen von der Düsseldorf Arbeiterpresse und den freien Gewerkschaften verabreicht worden. Deshalb versuchen sie nun durch Entstellungen und nicht nachweisbare Behauptungen sich zu rechtfertigen. Es ist auch die sogenannte jüngere Richtung der Hirsche gezwungen worden, Farbe zu bekennen. Sie hat dabei bewiesen, daß die "Reform" Richtung gerade so rückständig ist wie der General- und Zentralrat in Berlin. Der Kampf zwischen den Hirschen und freien Gewerkschaften entbrannte hier, weil in der Düsseldorf Volkszeitung die Hirsche mit angegriffen wurden und auch die Zeitung einige Artikel aus der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckt hatte.

Auf einen offenen Brief an die Redaktion der Volkszeitung ist den Herren (auch Herrn Erzelenz, der seinerzeit so jammerte und sich bellagte, daß die Generale in Berlin ihm nicht die Hand gebreht) eine Antwort zuteil geworden, daß sie nach einer zweiten Auflage wohl kein Verlangen mehr haben. Es ist den Leuten in verschiedenen Versammlungen bewiesen worden, daß sie Streikbrecher geliefert und versucht haben, Kämpfe der Arbeiter Illusionistisch zu machen, zum Beispiel in Göttingen, Thale a. S., Lübeck, Torgelow, Mathenow, bei Mehlitz u. s. w. Doch wollen wir noch auf den Hamburger Brauergewerksverein hinweisen, der von den Hirschen aufgenommen wurde, trotzdem der Verein sich früher als Streikbrecherorganisation den Unternehmern zur Verfügung gestellt hat. Der Verein war den Hirschen ebenbürtig imerrat von Arbeiterinteressen.

Ferner verweisen wir auf Wilhelmshaven. Der dortige Ortsverein der Schneider, der sich während der Ausperrung der Schneider dort gebildet, besteht völlig aus Arbeitswilligen. Ebenso hat sich in Emmerich der Ortsverein der Hirsch-Dunkerianer während des Klempnerstreiks gebildet.

Nicht wollen wir vergessen, daß die Hirsch-Dunkerianer ihre eigenen Kämpfe illusorisch machen. Der Herr Jagenhoven aus Gerresheim war so naiv, in Mühlheim in einer Versammlung zu erklären, daß von dem Werke, wo er als Drahtzieher arbeitete, 28 Waggons Streitarbeit nach Langendreer gefandt worden sind. In Gerresheim sind auf dem Werke keine freien Verbändler, wohl aber Gewerkschafter, ja, sogar einer (Jagenhoven), der agitatorisch tätig ist. Recht häufig für einen Arbeiter-agitator, der ein solches Gehältnis macht!

Die Organe der Hirsche und deren Agitatoren bemühen sich, unter Verdächtigungen der freien Gewerkschaften die von ihnen begangenen Geldentzüge abzulenken. Die Behauptung, daß Kollege Schulte in Berlin hinter dem Rücken der Arbeiter verhandelt habe, mußte Erzelenz widerrufen. Erzelenz hat dem Parteivorstandenden Schilbbach gegenüber erklärt, daß er keine Behauptung betreffs der 6000 Mk. wider besseres Wissen mache, doch dies schäbe ja nichts! Recht nette Helben, janzahr!

Auch ein Herr Leonhardt aus Hagen, der sich im Juli 1903 an mich befaß übertriebene, meinte, daß er sich nur an den Verband gewandt hätte, um zu spionieren, daß es ihm aber mit dem Übertritt nicht erap gewesen sei. Der folgende Brief wird auch diesen Herrn zu Genüge charakterisieren. Der gute Mann warnte mich im April dieses Jahres in Mühlpe auf mich, da es ihm sehr unangenehm war, daß, nachdem er wieder Bezirksleiter geworden und unter die Fittiche des Generalrats gesteckt war, seine Sache aus Licht kam. Er war in Mühlpe, um den Schriftführer der Hirsche, der Arbeitswilligen bei Müller spielte, wieder herauszuholen, was ihm auch gelungen ist. Leonhardt schreibt auch von einem zweiten Briefe, den er von mir erhalten haben will. Ich ersuche den Herrn, diesen Brief zu veröffentlichen, sofern der zweite Brief von mir, und nicht etwa bloß in seinem Oberhause ruht. Auch erwarten wir bestimmt keine angefügten Verfassentlichungen. In seinem Briefe spricht sich Leonhardt heftig über die Zustände im Gewerksverein aus, er schreibt mir:

Ich bitte Sie dieses alles vorläufig noch zurück zu halten, später habe ich noch ganz andere Agitationsstoff.

Herrn Carl Spiegel Düsseldorf! Herr Genosse! Schon lange hatte ich vor mich mal schriftlich an Sie zu wenden betreffs meiner Aufnahme in den Metallarbeiter-Verband, ich bitte jetzt noch immer im Gewerksverein der Maschinenbau und Metallarbeiter (G.D.) schon seit dem

Jahre 1898, ich stehe jetzt im 31 Lebensjahr, aber ich kann mich im Gewerksverein nicht mehr heimisch fühlen, die Leisetreterei nimmt dort überhand. So dann ist mir bei der Aussperrung der Dreher bei der Firma Wönnhoff in Wetzlar ganz arg mitgespielt worden. Ich war in der Zeit Bezirksleiter des 19 Bezirks und weil ich in mehreren öffentlichen Versammlungen referierte wurde ich meine Stellung verlor, und dieses war am 18ten Oktober vorigen Jahres ich habe bis nach Neujahr rum gelaufen nach Arbeit suchend, und anstatt daß die Gewerksvereiner mir unter die Arme griffen wurde ich noch hinterlistig hintergangen, wegen meines scharfen Vorgehens und weil ich eine andere politisch Ueberzeugung hatte wie die alten verkümmerten Gewerksvereiner, Johann war vorgestern noch ein Kollege von Wetzlar bei mir, derselbe hat jetzt auch seine Kündigung erhalten, weil er sozialdemokratisch gewählt hatte, derselbe arbeitet als Former bei der Firma Wönnhoff. Der Fabrikant ist freisinnig. Der Vorsitzende des Ortsvereins Wetzlar arbeitet auch bei Wönnhoff, und weil derselbe mit freisinnigen Stimmzetteln am Lokale stand wurde derselbe von dem Kollegen und noch mehreren behänfelt, und infolge einer Demütigung wurde der Kollege gekündigt, vielleicht hat der Vorsitzende von Wetzlar dessen ehrenwerter Name Wieg ist, dieses selbst fertig gebracht, Johann hat der Generalrat ein tüchtiges Mitglied den Genossen Hartmann Dortmund seines Amtes als Bezirksleiter entbunden, weil er einen nicht nennenswerten Fehler gemacht hatte, aber das Vorgehen des Genossen Hartmann war den Herrn eben unbecuem, ich habe meinerseits meinen Posten als Bezirksleiter auch niedergelegt weil ich die Leisetreterei nicht mehr aushalten konnte, ich bitte Sie deshalb weiter Genosse mir mitteilen zu wollen, wenn ich im Metallarbeiterverband eintrete ob ich die ganze Karezzeit mit durchmachen muß oder ob in derselben in diesen Fällen keine Ausnahme gemacht werden können, Johann mache ich Sie darauf aufmerksam daß hier in Hagen, es jetzt am Plage wäre eine öffentliche Versammlung einzuberufen, weil bei der Firma Funke und Gucl Lokalaf Mühlpe sind in der Section 14 sind 25 % Lohnabzüge gemacht worden gestern Abend hatten die Gewerksvereiner von Hagen schon eine Ausschlußung wegen dieser Sache, sie hatten mich dazu auch eingeladen, ich bin ja erst seit dem 1 Mai hier in Hagen, aber ich bin hier bekannt weil ich früher Bezirksleiter der Vereine war, die Gewerksvereiner haben es noch vorläufig abgelehnt resp veragt eine öffentliche Versammlung einzuberufen, und mit dem Metallarbeiter-Verband habert es auch hier in Hagen, andernfalls werden Sie wohl orientiert sein. Also bitte um Antwort

Mit genossenschaftlichen Grub Aug. Leonhardt Hagen i/W Röhlestr 6

Diesem Briefe noch etwas hinzuzufügen, ist überflüssig. Nun haben Sie, verehrter Herr Leonhardt, das Wort. Da Erzelenz, der sich die größte Mühe gibt, den Generalen in Berlin zu beweisen, daß er noch ein Gewerksvereiner von echtem Schrot und Korn ist und man ihn wieder für aufnahmefähig halten sollte (hoffentlich findet er Gnade vor den Herren Generalen und drückt sie ihm nächstens wieder die Hand), mit seinem Latein am Ende ist, so muß ihm nicht nur Leonhardt, sondern auch Kievelitz in Oppum, Heinen in Düsseldorf und Heyn in Herne helfen. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr.

Zunächst zu Herrn Hubert Heinen. Dieser erklärt im Gewerksvereinsboten, 1898 nicht Streikbrecher gespielt zu haben. In der Gewerksvereinsversammlung am 5. April hat er es selbst zugegeben mit dem Bemerken, daß er damals noch nicht im Gewerksverein war. Und er erklärt jetzt im Gewerksvereinsboten, daß er es wieder so machen würde wie 1898, wenn er es nochmals zu tun hätte. Er hat wohl Angst, daß man ihn nicht für einen überzeugten Gewerksvereiner halten würde, wenn er nicht mehr Kämpfe der Arbeiter zu hindern suchte. Es ist wirklich zum Lachen, wenn ein solcher Bruder von Kampf quackelt.

Herr Kievelitz (Oppum) versucht zu beweisen, daß meine Behauptung, daß die Hirsche in Urdingen, die mit den freien Gewerkschaften bei der Gewerbegerichtswahl (so nach dem Herzenswunsch von Erzelenz & Cie.) gemeinsam gehandelt und einen Kandidaten aufgestellt hatten, nachher aber die auf ihren Teil entfallenen Kosten nicht bezahlt haben, unwahr sei. Ich stelle fest, daß aus der Quasifassung unseres Verbandes nach Urdingen 23,45 Mk. gesandt wurden, um die Kosten, die die Herren Hirsche nicht deckten, zu bezahlen. In den amtlichen Bekanntmachungen im Regulator stand es ja für jeden, der lesen konnte, daß der Generalrat in Berlin die beantragte Summe abgelehnt hat und die Urdinger noch einen Majoritätsbeschluss bekamen, weil sie nicht selbst einen Gewerksvereiner aufgestellt hatten.

Dann schreibt Herr Kievelitz noch, daß abgemacht worden sei, Besitzer von Urdingen und nicht von Krefeld aufzustellen. Das soll eine Entschuldigung dafür sein, daß sie sich an den auf sie entfallenden Kosten vorbeigedrückt haben. Doch hat der gute Mann ganz sicher vergessen, daß sich in Urdingen kein Arbeiter fand, der kandidieren konnte, weil dann sicherlich unter einem Vorwand die Entlassung des betreffenden Arbeiters erfolgt wäre.

Ein H. B. ärgert sich nun mächtig, daß ich in der Versammlung am 5. April bei den Hirschen zum Wort gekommen bin. Man hatte mich ja eingeladen. Freilich dachte man wohl, daß, weil in der Einladung stand, ich sei einer der nächsten Redner, Windhoff, der vor mir eingezeichnet war, den Abend ausfüllen würde. Die Geschichte ist aber umgekehrt gekommen und deshalb drücke ich auch an dieser Stelle den Leuten mein Beileid über ihren Reinfall aus. Man kann auch hier sagen: Es war so schon ausgeklügelt, doch es hat nicht anschlagen können. Richtig ist es, wenn der Herr schreibt, die Gewerksvereiner hätten meine Dauerrede angehört, weil ich durch die Fragen, die Erzelenz stellte, mein längenhaftes Vorgehen teilweise jugab. Wie sieht es nun mit den Fragen aus? Erzelenz unterbrach mich nur einmal und fragte, ob ich nicht das Material zum Artikel in der Volkszeitung geliefert hätte. Und ich nahm keinen Anstand, dies zu bejahen. Es bedurfte da überhaupt keiner Frage, denn jeder, der den Artikel gelesen hatte, merkte, woher er kam. Dies ist nun eine Frage gewesen. Doch die übrigen Hirsch-Dunkerianer Führer haben mehrmals versucht, mich durch Schreien in meinen weiteren Ausführungen zu unterbrechen, die Mitglieder dagegen verhielten sich ruhig, was den Herren ja sehr unangenehm war.

Herr Erzelenz sucht nun auch nachzuweisen, daß meine Ausführungen betreffs der Berliner Aussperrung nicht richtig seien, er beruft sich auf den Jahresbericht der Berliner Verwaltung. Doch da vergißt der Herr Erzelenz anzuführen, daß wohl die Berliner Verwaltung die Extra-Gänge für den Dreier- und Gürtlerstreik aufgeführt hat, aber nicht gesondert angeführt ist, wie die Ausgaben stehen. Er rechnet 224710,85 Mk. als Ausgabe und stellt demgegenüber die Einnahme von 168000 Mk. Herr Erzelenz kann doch lesen, oder nicht? Er hat vergessen: Für Streikmatten 1080 Mk., Extrabeiträge 2 Mk. gleich 29180 Mk., Extrabeiträge 1,50 Mk. gleich 56031 Mk., Extrabeiträge 1 Mk. gleich 36672 Mk. Vorstehendes hat nun bezug auf die Lokalaf. Nach Herrn Erzelenz müßten somit die Kämpfe, die wir führten, gänglich aus lokalen Mitteln bestritten werden, denn er hat nicht angeführt, daß aus der Hauptkasse der Berliner Verwaltung noch 468614,14 Mk. für Streiks veranschlagt hat, müßte 693224,99 Mk. Herr Erzelenz, es wird ihnen wohl schwindlich, nicht wahr? Der Gewerksverein der Maschinenbauer hat in einem Jahre (1903) für Kämpfe, Streiks und Aussperrungen nur 60645,89 Mk. ausgegeben. Trotzdem prunkt man immer mit den Millionen (der Kronenaffen). Herr Erzelenz, Sie spotten ihrer selbst und wissen es nicht. Wenn man bedenkt, daß mit obigen Summen die Berliner Kollegen über fünfzig Differenzen durchgeführt haben, eine Anzahl Tarife eingeführt sind, so soll doch Herr Erzelenz einmal verraten, ob der Gewerksverein der Maschinenbauer in der Zeit seines 35-jährigen Bestehens schon derartiges geleistet hat. Ein Kollege hat während meiner Abwesenheit dem Herrn Erzelenz schon auf die Finger geklopft und nun jetzt Erzelenz in einem weiteren Artikel sich zu verteidigen. Doch möchte ich dem Herrn verraten, daß nicht nur der "Rauman" von Rheinland und Westfalen ihn auf die Beine" treten wird, sondern auch, wenn es sein mag, ein Duzend und mehr weiterer Kollegen. Freund Erzelenz

kommt einem halb vor, wie ein Mops, der den Mond anbellt. Aber nutzen wird's nichts, unentwegt werden wir weiter arbeiten, die Entwicklung unseres Verbandes hat gezeigt, daß wir den richtigen Weg beschritten haben. Wir marschieren trotz Gekläff des "Freundes" Erzelenz und anderer. R. Sp.

Zum Fall Mathenow.

In Nr. 20 des Gewerksvereins und in einer Broschüre des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter - auf die wir noch zurückkommen werden - wird der "Fall Mathenow" wieder in verlogener Weise dargestellt. Um dem Schwindel endlich ein Ende zu machen, haben unsere Kollegen Früngel und Matat sich entschlossen, dem Gewerksverein eine Verichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu senden. Wir lassen die Feststellungen, die die Verichtigung enthält, hier folgen:

1. Es ist nicht wahr, daß während der 14 Wochen des Streiks in Mathenow keine Verbindung zwischen Gewerksverein und Metallarbeiter-Verband bestanden hat, da alle Beschlüsse den Streit betreffend in Versammlungen gefaßt wurden, an denen die beteiligten Personen beider Organisationen teil genommen haben.

2. Das Protokoll, auf welches Sie sich beziehen, hat folgenden Wortlaut:)

Abchrift des Protokolls

von der gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand des Ortsvereins der Klempner und optischen Metallarbeiter.

Mathenow, den 26. Oktober 1902.

Herr Rahbau eröffnet die Sitzung. Anwesend ist Herr Krift und die Herren Früngel und Matat sowie zwei Gäste vom Ortsverein der Maschinenbauer, von uns die Herren Lochow und Seeger.

Der Vorsitzende teilt die Verhandlung mit dem Herrn Wüth mit, und macht Mitteilung über die Abstimmung unserer Streikenden betreffs Wiedereintritt in die Arbeit bei Mitsche & Günther, der Beschluß ist mit 17 für und 4 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit angenommen. Herr Matat erklärt, daß ihm eine Mitteilung von unserer Seite zugegangen ist, dies aber aus Gründen den Mitgliedern des Verbandes nicht mitgeteilt ist. Er bringt auch eine längere Mitteilung über seine Verhandlung mit dem Bürgermeister betreffs Abhaltung des Gewerbegerichts als Einigungsamt in Sachen der Firma mit, und fordert den Vorsitzenden um Aufklärung auf, wie er uns hintergangen haben soll.

Herr Rahbau begründet seine Aussage und teilt mit, daß wir nicht durch einen kleinen Irrtum bezogen sind, mit der Firma in Unterhandlung zu treten, sondern durch Beschluß unserer Mitglieder. Herr Matat vermahnt sich dagegen, eine Unwahrheit gesagt zu haben, es könne nur ein Wort falsch aufgefaßt sein, er gibt zu, daß die Verwaltung unsere Schritte nicht verurteilt, es sind dies nur einige Mitglieder, die erregt über unser Vorgehen sind. Wiederholt sprachen noch die Herren Krift, Matat, Früngel und der Vorsitzende Herr Rahbau.

Früngel, Fisch, Matat, Rahbau.

Unsere Erklärung, daß die Verwaltung die Schritte des Gewerksvereins nicht verurteilt, bezieht sich nur darauf, daß der Gewerksverein Verhandlungen versucht hatte, nicht aber darauf, daß die Arbeit seitens der Gewerksvereine aufgenommen worden ist. Daraus geht hervor, daß wir den Streik noch lange nicht für verloren hielten. Das ist auch rein unmöglich, weil wir einen Tag vor dem Stattfinden der Sitzung vom Vorstand unserer Organisation noch die Zustimmung zur Fortführung des Streiks und zur Ergreifung scharferer Maßregeln erhalten hatten!

Das sind auch die Gründe gewesen, die uns veranlaßten, von den Verhandlungen unsere Mitgliedern gegenüber zu schweigen.

Dagegen haben Ihre eigenen Mitglieder den selbst gefassten Beschluß, am Montag den 3. November die Arbeit wieder aufzunehmen, gebrochen, und sind bereits am Donnerstag den 30. Oktober in die Fabrik gegangen. So war es uns unmöglich gemacht, über die Fortsetzung des Streiks, oder die gemeinschaftliche Wiederaufnahme der Arbeit mit Ihren Vertretern zu verhandeln, weil Ihre Leute bereits arbeiteten.

geg.: Früngel, Matat.

Siezu bemerken wir, daß das famose Protokoll, das wir hier abgedruckt haben, das Wichtigste verschweigt. "Wiederholt sprachen die Herren Krift, Matat, Früngel und Rahbau" heißt es darin. Das ist einzig. Was sie gesagt haben, davon schweigt das Protokoll und gibt so Gelegenheit, alles mögliche und unmögliche hinzuzulügen!

Alles das ist, mit Ausnahme des Wortlautes des Protokolls, schon veröffentlicht. Die Herren in den Redaktionen und Bureaus der Gewerksvereine wissen, daß Früngel und Matat für Fortsetzung des Streiks waren, sie haben es mindestens aus unseren Blättern erfahren, und jetzt haben sie die unerhörte Frechheit, sogar in einer Broschüre diese infamen Lügen wieder aufzutischen!

In einer am 17. Mai in Fürth abgehaltenen Versammlung der freien Gewerkschaften referierte Dr. A. Braun über die Hirsch-Dunkerianer Gewerksvereine. Die Gewerksvereiner waren dazu eingeladen und auch erschienen. Nachdem der Referent das wahre Wesen der Gewerksvereine dargelegt hatte, ergriff der Metallschläger Kuntermann das Wort. Dieser bemerkte, daß er die Ausführungen Dr. Brauns als vollständig berechtigt erklären müsse. Es verhehe keine Versammlung der Gewerksvereine, in der nicht gegen die Gewerkschaften losgezogen werde; wohl sagen die Gewerksvereine, daß sie bei niedrigerem Beitrag das gleiche leisten wie die Gewerkschaften, aber er habe selbst schon nachgerechnet und gefunden, daß das nicht zutrefte, und wenn die Gewerksvereiner ehlich sein wollten, müßten sie das auch anerkennen. So wie jetzt die Dinge liegen, könne es bei den Gewerksvereinen unmöglich weiter gehen. Wenn er, Redner, in eine Versammlung seines Gewerksvereins komme und davon spreche, gegen die Unternehmer vorzugehen, so werde er gleich gefragt, ob er etwa ein Sozi sei! Wo so viel Unrecht herrsche, könne er nicht schweigen. Jeder Arbeiter sei auf sein tägliches Brot angewiesen und könne sich nicht nach den Unternehmern richten. Auf den Zuruf, daß er nun wohl aus seinem Gewerksverein ausgeschlossen werde, erwiderte der Redner, daß müsse man nur tun. Was das Unterstufungswesen anbelange, so müsse er konstatieren, daß hierin die Gewerkschaften weit vorne seien.

Der Augsburgener Volkszeitung wurde berichtet: Die Firma Röhlfadenfabrik normals Julius Schärer, Hauptstetterstraße, ist anerkanntermaßen eine von den wenigen, welcher die politische wie gewerkschaftliche Organisation ihrer Arbeiter, soweit sie nicht in den Fabrikräumen selbst für ihre Sache Propaganda machen, herzlich gleichgültig ist. Dies scheinen die dort beschäftigten 12 bis 15 Hirsche auch genügend zu würdigen und deshalb übernehmen sie die Rolle, die sonst gewöhnlich die Fabrikanten für sich allein beanspruchen, die Niedertrampelpung jeder freiheitlichen Regierung der Arbeiter und die bis an Brutalität grenzende Intoleranz gegenüber anders Denkenden. In Röhlfaden lassen wir ein Proböhen von Nächstenliebe der Auch-Gewerkschaftler folgen:

Ein Arbeiter obiger Firma, Wloker in der Dreherei, wurde seinerzeit durch die Wetzlarer Zeitung, daß ihm bei eintretender Arbeitslosigkeit 2 Mk. pro Tag vergütet würden, zum Eintritt in den Gewerksverein (Hirsch-Dunker) veranlaßt, ohne daß ihm vorher gesagt wurde, wie lange er Mitglied sein müsse, bis ihm obige Vergütung zuteil werden könnte. Als er sich später genauer informierte, da heißt es: "Ja, mein Vetter, erst müssen Sie zwei Jahre Mitglied sein und dann bekommen Sie 1,25 Mk. pro Tag ausbezahlt." Der gute Mann war jedoch erst ein Jahr der Hirsch gewesen, pardon, Hirsch-Dunker gewesen. Dies eine Jahr genügt ihm jedoch vollständig, um ihn zu veranlassen, seinen Austritt aus dem Gewerks-

Dießes Protokoll ist von einem Hirsch-Dunkerianer verfaßt und von unseren Kollegen Früngel und Matat mitunterzeichnet. Red. der Metallarbeiter-Zeitung.

verein anzuzeigen. Die empörten Hirsche quittierten prompt ob dieser Kühnheit durch die gehässigsten Denunziationen sowohl beim Meister wie bei der Direktionsleitung. Keine Arbeit war von jetzt ab mehr gut genug, die Spulen sowie die Löcher der Hirsche waren vollwertiger als die des Gr-Hirsches. Es wurde offen ausgesprochen, den Mann aus der Fabrik hinauszubringen. Zwar gelang dies vorerst nicht, er wurde nur in den Hof verjagt und im Taglohn beschäftigt; es erwuchs ihm dadurch jedoch ein beträchtlicher Schaden, da er in der Wälderei im Nordlohn stand und erheblich mehr verdiente. Ein gebildeter Hirsch trieb die Hirschkette so weit, daß er vor dem Arbeiter mit einem „Hui Teufel“ auspukte. Daß der Beschmähte dies nun nicht mit Schaffsgebuld hinnimmt läßt sich denken. Durch die Bemühungen des Drehereimeisters, der den Hirschen nicht besonders grün ist, gelang es indessen, den Arbeiter wieder in die Dreherei zu bringen. Die sich jedoch stets wiederholenden Mörgeleien der Hirsche hatten dem Arbeiter unter solchen Verhältnissen die Arbeit veratig verleidet, daß er am verflochtenen Samstag seine Kündigung einreichte. Somit haben die Hirsche ihren Zweck erreicht! An dieser Stelle sei nicht unerwähnt gelassen, daß, als vor ungefähr zwei Jahren eine öffentliche Versammlung zu dem Zwecke im Jägerhaus einberufen wurde, um die Mißstände in der Schürperschen Fabrik näher zu beleuchten und an die Arbeiter Handzettel verteilt wurden, von den Hirschen am Fabrikportal ein Zettel angeheftet wurde des Inhaltes, die Arbeiter sollten, da die Versammlung nicht von dem Gewerksverein einberufen sei, derselben fernbleiben. Schreiber dieser Zeilen hat sich persönlich davon überzeugt. Dies nur ein kleiner Beitrag, auf welche Weise die Auchgenverächter die Interessen der Arbeiter vertreten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Mitgliedern, die „weder innerhalb vier Wochen nach Vollenbung des 17. Lebensjahres“ noch „vier Wochen nach vollendeter Lehrzeit“ dem Verband beigetreten sind und noch keine 52 Wochenbeiträge bezahlt hatten, also nicht bezugsberechtigt waren, Reiseunterstützung gewährt worden ist. Lag dieses Verhältnisses gegen das Statut mehrfach nur ein Versehen zugrunde, so war andererseits für den Ausfertiger der Reiselegitimation oftmals auch die Ansicht bestimmend, daß das betreffende Mitglied ja doch in einigen Wochen bezugsberechtigt würde und deshalb die vorherige Ausstellung einer Reiselegitimation nichts mehr ausmache. Diese Ansicht ist natürlich falsch. Es muß auf alle Fälle strikte darauf geachtet werden, daß einem auf die Reise gehenden Mitglied nur dann eine Reiselegitimation ausgestellt und darauf Reisegeld ausbezahlt wird, wenn das betreffende Mitglied dem Verband mindestens 52 Wochen angehört, seine Beiträge für diese 52 Wochen bezahlt hat, mit den Beiträgen auf dem laufenden und noch nicht ausgefordert ist.

Des weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß kranke Mitglieder, die Krankengeld beziehen, gemäß den Bestimmungen des § 7 Abs. 6 des Statuts keine Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Auch hierin ist mehrfach von einzelnen Ortsbeamten gefehlt worden und ersuchen wir auch hier um strenge Einhaltung des Statuts.

Sichtlich der Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder an Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptklasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Staffel die Erhebung einer wöchentlichen Extrabeitrage von fünf Pfennig pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 8a, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach, Sektion der Feingoldschläger:
Der Feingoldschläger Anton Zulehner, geb. am 29. Dez. 1878 zu Urfar, Buch-Nr. 687 229, wegen Schwindel.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Klempner Wilhelm Köhler, geb. am 30. Septbr. 1882 zu Hainichen, Buch-Nr. 515 250;
Dem Schlosser Arthur Langer, geb. am 23. Juni 1873 zu Krzau, Buch-Nr. 488 676, nach einem von den Einzelmitgliedern in Planen gestellten Antrag auf Ausschluß, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Nicht wieder aufnahmefähig ist:
Auf Antrag der Einzelmitglieder in Planen:
Der Schlosser Robert Rappika, geb. am 12. März 1876 zu Leipzig, wegen Denunziation.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nöte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Fahrradarbeitern nach Magdeburg (Panther) U;
- von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Bef. Siefstr. 3, Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Wärenschaustr.; Jean Kieß, Färthestr.; Michael Weiser, Paradiesstr.); nach Jülich (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); nach Stuttgart (Wullen) D;
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Augsburg (Kleinbühl) St.; nach Braunshweig D.; nach Geestemünde-Bremervorstadt (F. Graulach) Mi.; nach Hannover (Wohlenberg) M.; nach Lippelne; nach Magdeburg (Garrett Smith & Co.) D.; nach Milpe (Müller & Co.) D.; nach Stettin (Wulfan) Mi.; nach Weidau;
- von Klempnern nach Swinemünde (ausgenommen: Eisentraut, Kirstein) D;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Braunschweig D.; nach Groß-Berkel bei Hameln (Meymann & Abbtmeyer); nach Heilbronn (Gesellschaft für Heiz- und Beleuchtungsarbeiten) W.; nach Lübeck (Kochsche Schiffwerft) U.; nach Bresburg i. Ungarn (Siemens-Schuckert-Werke) St.; nach Ravensburg (Goner) Mi.;

von Metallschlägern nach Dresden besonders, (G. Sieber in Neuladitz) D.;
von Silberschlägern nach Schwabach (Harnbacher) D.; (Sturm) St.;
von Schlossbauern nach Großschl. S. (Stengler) W.;
von Schlossern und Drechern nach Friedrichroda (S. Schönau) Mi.
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L. Lohnbewegung; M.: Ausfertigung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)
Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Fellenhauer.

Greifswald. Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, machen wir sie mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in der Fellenhauerei von G. Hoest bekannt. Bei angelegentlicher eiffländiger Arbeitszeit (Montag und Sonnabend eine Stunde früher Feierabend) beträgt der Lohn neben Kost und Logis für Dauer von kleinen Feilen 5 bis 6 Mk., für große Feilen 8 Mk., außer Kost 17 Mk. Das ist noch ein „hoher“ Lohn, denn bis vor zwei Jahren beschäftigte Hoest um 12 Mk. einen verheirateten Gesellen, der 28 Jahre bei ihm war. In der Werkstatt ist keine Ventilation vorhanden, und deshalb muß man im Winter, wenn der Gasmotor geht, in der Säuererei bei offenen Türen arbeiten, sonst ist es vor Öl- und Gasgeruch nicht auszuhalten. Auch wird in der Säuererei der Kalt herausgehüchelt und werden Sägefeilen in der Jange angelassen, was nicht angenehm ist, wenn man daneben sitzt. Gesellen hat Hoest augenblicklich nicht, den letzten entließ er, weil dieser „immer keine Beikellen aufsuchte“ und nicht mit dem „hohen“ Lohne von 17 Mk. zufrieden war. Wägen sich die Kollegen bei Arbeitsangeboten nach Greifswald erst bei der Ortsverwaltung erkundigen, damit es ihnen nicht so geht wie einem Kollegen aus Lübeck, der auf das Schreiben des Herrn Hoest hierher kam, aber schon nach vier Tagen entläßt wieder abreiste.

Formner.

Mugsburg. Die Formner und Hilfsarbeiter bei Kleinbienst & Co. stellen die Forderung auf Abschaffung des provisorischen Akkordsystems und allgemeine Einführung des Taglohns mit entsprechender Erhöhung. Da die Firma keinerlei Zugeständnisse machte, traten die Arbeiter in den Streik. Zugug ist streng fernzuhalten. Weiterer Bericht folgt.

Löhne i. Pr. In den ostpreussischen Provinzen herrschen in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse Zustände, die den Kollegen der westlichen Provinzen fast ungläublich erscheinen müssen. Der Fabrikant Herr Szigan besitzt eine landwirtschaftliche Maschinenfabrik mit Eisengießerei. In der Gießerei arbeiten drei Formner. Die Gießerei ist an einem recht idyllischen Plätzchen am See errichtet, gewählt aber einen geradezu schauerhaften Anblick. Die alten baufälligen Gebäude sind mit einem ebensolchen Zaune umgeben. Ist der Anblick von außen schon ein so trostlos, dann kann man sich denken wie es drinnen aussieht. Der Formner ist als solcher nicht anzusehen, Lortfren wäre der richtige Ausdruck. Ein Anfeuchten des Sandes ist nicht nötig, da man einen halben Meter unter der Gießerei schon auf das Grundwasser stößt. Das infolge dessen der Guß ein mangelhafter werden muß und viel Ausschub erzeugt wird, ist selbstverständlich. Wenn sich die Formner darüber beschweren und brauchbaren Sand geliefert wünschen, erhalten sie zur Antwort: „Sie können sich ja welchen aus dem naheliegenden Berge holen!“ Eine Zumutung, die so recht den ostpreussischen Unternehmer kennzeichnet. Wascheinrichtung, Kleiderschränke u. sind Sachen, die hier völlig fremd sind. Über Ventilation ist doch vorhanden — nämlich heiße Fensterscheiben gehören zu den Seltenheiten. Die Arbeiter sind daher gezwungen, sich gegen Witterungseinflüsse dadurch zu schützen, daß sie die Öffnungen der Fenster mit Brettern vernageln. In der Schlosserei sind die Verhältnisse nicht viel anders. Der Lohn der Arbeiter beträgt für eiffländige Arbeitszeit 18 bis 20 Pf. pro Stunde, doch erhalten letzteren Satz nur zwei Kollegen. Dreher werden nicht beschäftigt, an den Drehbänken stehen nur Lehrlinge. Was die Behandlung betrifft, so ist sie ebenso miserabel wie der Lohn. Werkzeug ist wenig vorhanden, und wo es vorhanden, ist es in schlechtem Zustand. Da die Kollegen sich in letzter Zeit ziemlich gut organisierten, wird es an der Zeit sein, mit devartigen Verhältnissen aufzuräumen. Den noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Einem in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Doch die Solidarität!

Klempner.

Bremen. Als im vorigen Jahre die hiesigen Klempner in eine Lohnbewegung eintraten, wurde zwar ein Lohnarif geschaffen, allein viele Vorteile hat er für die Gesellen nicht gebracht, weil die Meister tagtäglich bestrebt sind, die wenigen Ertragsüberschüsse wieder illusorisch zu machen. Hauptächlich suchen die Meister den § 6 zu umgehen; dieser lautet: „Für Grubenanschlüsse sind, sofern die Grube nicht sauber gereinigt ist, drei Mark für jeden Anschluß extra zu vergüten.“ In punkto Reinlichkeit haben die Herren eine recht merkwürdige Auffassung. Sie glauben, wenn der größte Dreck heraus ist, sei die Grube gereinigt. So ist es dem Schreiber dieser Zeilen selbst passiert, daß man ihm die Extravergütung verweigerte, mit der Behauptung, die Grube sei gereinigt, ohne sich davon zu überzeugen. Ich setzte die Bezahlung durch, mein Entlassungsschein wurde mir darauf überreicht. Doch wollte die Innung auch einmal vom Gewerbegericht ein Urteil haben und so ließ sich der Klempnermeister Tobias als Versuchsanstehen benutzen. Er erschien kürzlich vor dem Gewerbegericht, um sich, noch über andere Dinge Auskunft zu holen. In punkto Reinlichkeit erklärte er, daß er die Arbeit in seinem schwarzen Anzug hätte machen können. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß die Grube nicht sauber gereinigt sei, außerdem mußte sich der gute Mann von dem Vertreter des Klägers sagen lassen, daß er, der Herr Tobias, als Geselle gerade der gewesen sei, der in der Kommission verlangt hat, daß die Gruben auch geweißt sein müßten. So blieb dem Herrn nichts anderes übrig als zu zahlen. Im weiteren fragte Herr Tobias an, ob jeder Arbeiter, wenn mehrere zugleich an einem Grubenanschluß arbeiten, drei Mark verlangen könnte, worauf der Richter ihm erklärte, daß wenn zehn Mann daran arbeiten, er jedem drei Mark zu zahlen habe, da der Tarif sich klar und deutlich ausdrückte. Leider hat Herr Tobias vergessen, sich darüber ein Urteil ausfertigen zu lassen. Es wäre doch schön gewesen, wenn er der Innung einen schriftlichen Beweis seiner „Erfolge“ überbracht hätte. Auch den § 4 sucht man zu umgehen, in dem es heißt, daß für Überstunden ein höherer Lohnsatz bezahlt werden muß. Ist es doch vorigen Winter vorgekommen, daß Überstunden erst dann bezahlt worden sind, wenn der Geselle 55 oder 56 Stunden pro Woche gearbeitet hat. Gegenüber diesen Versuchen der Meister müssen die Gesellen dem Lohnarif etwas mehr Beachtung schenken. Der § 2 sagt deutlich: „Der Mindestlohn beträgt nach beendeter Lehrzeit bis zum 20. Jahre nicht unter 89 Pf. pro Stunde. Für Gehilfen über 20 bis 24 Jahre bleibt der Lohn der freien Vereinbarung überlassen, jedoch darf derselbe nicht unter 46 Pf. pro Stunde und für Gehilfen über 24 Jahre nicht unter 55 Pf. pro Stunde betragen.“ Da ist nur von einem Mindestlohn, nicht von einem Höchstlohn die Rede, und

es wird ja auch in einigen Werkstätten über den Tarif bezahlt. Namentlich die jüngeren Kollegen müssen versuchen, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen; jeht werden ja mit Vorliebe jüngere Kollegen eingestellt, sie werden gehätselt und gepflegt, weil sie billiger sind. Sind doch etliche Werkstätten vorhanden, in denen nur jüngere Kollegen beschäftigt werden. Die Kollegen verstoßen nicht gegen den Tarif, wenn sie für den Mindestlohn nicht arbeiten, sie müssen überall versuchen, einen höheren Lohnsatz zu erzielen; sie müssen daran denken, daß sie, wenn sie erst das 24. Lebensjahr erreicht haben, ebenfalls die Schäden des Staffeltarifs zu spüren bekommen. Im übrigen möchten wir den Kollegen empfehlen, Bremen zu meiden, denn die Verhältnisse sind nicht derartige, daß man auf einen grünen Zweig kommen kann.

München. Die Münchener Spenglergehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Versuch, die Sache schieblich und schieblich zu schließen, ist gescheitert, weil der Scharfmacherverband die Angelegenheit an sich riß und jede Verständigung der Beteiligten hintertrieb. Am Samstag den 14. Mai, abends, fand nun im unteren Saale des Kreuzbräu eine öffentliche Spenglerversammlung statt, die massenhaft besucht war. Referent Kollege Fischer begründete in längerer Rede die Forderungen; er wies darauf hin, daß die Verhältnisse im Spenglergewerbe sich die letzten Jahre sehr verschlechtert haben, während auf der anderen Seite die Miets- und Lebensmittelpreise steigen. Auch die Arbeitslosigkeit im Gewerbe sei groß. Eine ausgenommene Statistik habe ergeben, daß von 180 Kollegen 71 bis zu 18 Wochen arbeitslos gewesen sind, was insgesamt 18982 Arbeitslosentage ausmache, so daß auf jeden Kollegen 107 arbeitslose Tage träfen. Um diesem Übelstand abzuhelfen, wäre in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit am Plage, und zwar eine gleichmäßige Arbeitszeit von 9 Stunden, wie sie in Berlin, Bremen, Hamburg, Altona und so weiter im Spenglergewerbe schon besteht. Die Ausrede der Münchener Spenglermeister, in München gehe das nicht, sei nicht stichhältig. Mit den Löhnen sei es in München ebenso schlecht bestellt. Hier gebe es Gehilfen, die 28, 27 und 30 Pf. pro Stunde erhalten, und die Statistik weise aus, daß der Durchschnittslohn 46 1/2 Pf. pro Stunde ausmache, was einem jährlichen Gesamteinkommen von 875,44 Mk. gleichkomme. Dr. Jaffrow habe beispielsweise nachgewiesen, daß in München ein Arbeiter 4 Mk. verdienen muß, um einmengen auskommen zu können. Redner hält deshalb eine Lohnerhöhung für vollständig gerechtfertigt und höchst notwendig, weshalb dem Arbeitgeberverband in Baugewerbe folgende Punkte als Grundlage für eine gemeinsame Tarifregelung vorgeschlagen wurden: 1. Die Akkordarbeit ist abzuschaffen und die Arbeit nur in Zeitlohn zu vergeben. 2. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden und ist um halb 7 Uhr zu beginnen und um 6 Uhr abends zu beenden. Vormittags und nachmittags je eine halbe Stunde Pause und eine anderthalbstündige Mittagspause von halb 12 bis 1 Uhr. An Samstagen ist um 4 Uhr Arbeitschluss. 3. 52 1/2 Arbeitsstunden dürfen in der Woche nicht überschritten werden. 4. Der Lohn ist innerhalb der Arbeitszeit auszubezahlen; wenn sich die Lohnzahlung bis 15 Minuten verzögert, so ist dies als eine angefangene Stunde zu betrachten und zu entschädigen. 5. Die Lohnberechnung geschieht nach Altersklassen und beträgt der Stundenlohn für Gehilfen im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 45 Pf., im 2. Jahre nicht unter 50 Pf., im 3. Jahre nicht unter 55 Pf., während bei den übrigen der Stundenlohn auf 60 Pf. festgesetzt wird. Wer letzteren Lohn jetzt schon verdient, erhält 10 Prozent Zuschlag. 6. Arbeiten bis zu einer 14tägigen Dauer sind als Zuschlagsarbeiten zu betrachten und müssen mit 10 Prozent Zuschlag bezahlt werden. 7. Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit sind nur im äußersten Notfall gestattet. 8. Überstunden sind mit 50 Prozent und solche nach 9 Uhr abends mit 100 Prozent Zuschlag zu bezahlen. 9. Die Arbeitsstätte drei Viertelstunden weit weg, jedoch noch innerhalb des Tramwayverkehrs, jedoch so, daß das Heimfahren am Abend noch möglich, denn ist außer dem Fragslohn auch die Zeit, die der Arbeiter über die Normalarbeitszeit hinaus durch das Geschäft in Anspruch genommen wird, als Arbeitszeit in Anrechnung zu bringen. Bei auswärtigen Arbeiten, wo ein Übernachten nötig ist, ist pro Tag 2 Mk. Zulage zu gewähren. In besonderen Fällen nach Übereinkommen. Ist am Samstag nicht heimzufahren, so ist für Sonntag eine Zulage zu gewähren. — Übermäßiges Tragen von Materialien und Karrenschieben sowie Transport mit eigenem Kabe können dem Gehilfen nicht zugemutet werden. 10. Durch diese Vereinbarung darf eine Verschlechterung schon bestehender Arbeitsverhältnisse nicht eintreten. Die gesetzlichen Schutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Es wird eine je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehende Kommission eingesetzt zur Schlichtung von Differenzen. Als unparteiischer Vorsitzender wird nach Möglichkeit der Vorsitzende des Gewerbegerichtes berufen. 11. Vorstehende Vereinbarungen sind in jeder Werkstätte sichtbar auszuhängen. Der Tarif ist auf ein Jahr gültig und läuft weiter, wenn er nicht von einer der beiden Parteien zwei Monate vorher gekündigt wird. — Der Referent empfahl die Annahme des vorstehenden Entwurfs und beschäftigte sich mit der Antwort des Arbeitgeberverbandes, die ablehnend dahin lautet, daß obiger Entwurf nicht einmal eine Basis zu Verhandlungen gäbe. Redner erklärt auf dies hin, daß den Gehilfen nichts anderes übrig bleibe, als daß sie die Arbeitgeber zwingen, mit ihnen in Verhandlungen einzutreten. Der jetzige Zustand sei dazu geeignet, ihnen eine gute Grundlage für die Gehilfen zu schaffen. Wenn die Gehilfen einmütig zusammenstehen, könne man die Arbeitgeber zu Unterhandlungen zwingen. Der Tarifentwurf wurde einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution, die gegen das prozige Verhalten des Scharfmacherverbandes energisch protestiert. Die Angelegenheit wird nun dem Metallarbeiter-Verband überwiesen, der mit Nachdruck die Forderungen der Gehilfen vertreten wird. In der sich lang hinziehenden Diskussion erklärte sich ein Mitglied der Hirsch-Dunderschen und des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes mit den Forderungen der Spengler solidarisch. Zur weiteren Behandlung der Tariffrage wurde ein fünfgliederige Lohnkommission gewählt.

Rothenfelde i. S. Die zehntägige Arbeitszeit ist auf Verlängen der organisierten Kollegen in der Blechwarenfabrik Rothenfelde i. S., U.-S., eingeführt. Früher betrug dieselbe noch zehneinhalb Stunden. Auch einige weitere Verbesserungen im Arbeitsverhältnis konnten ohne Kampf erzielt werden. Jedenfalls ein schöner Erfolg der jungen Organisation.

Metallarbeiter.

Offen a. Nahr. Aus der Krupp'schen Wohlfahrtsanstalt. Haben die Arbeiter an einer Stelle Remedur geschaffen, so arbeitet eine andere Instanz dem in der Regel kräftig entgegen, um den alten Zustand zu erhalten. Eine der hauptsächlichsten Klagen ist die des großen Kolonnenakordes, wobei gewöhnlich niemand weiß, was denn eigentlich verdient wurde. Die Meister sehen dabei vielfach nach eigenem Ermessen die Kolonnen zusammen, reihen sie mitten im Akkord wieder auseinander, stellen andere Personen dazu ein, ganz wie es ihren Dispositionen angemessen erscheint. Das solche Manipulationen für die Akkordarbeiter oft von großem Nachteil sind, liegt klar auf der Hand. In der vierten mechanischen Werkstatt, Betrieb Ringert, hatten die Arbeiter an den Betriebschef eine Eingabe gemacht und um Aufhebung dieser sogenannten großen Akkordmarke ersucht, sie wünschten Einzelakford respektive die sogenannte kleine Akkordmarke. Diesem Ersuchen wurde von der Betriebsleitung entsprochen. Doch der Betriebsführer denkt und der Meister lenkt. Den Meistern erwidert durch solche Akkordregulierung selbstverständlich etwas mehr Kalkulationsarbeit und Schreiberei, ihren persönlichen Interessen ist also mit dieser neuen Einrichtung nicht gedient. Um nun den Arbeitern den Einzelakford recht unangenehm zu machen, drücken die Meister derartig auf die Preise, daß an einen auskömmlichen Verdienst überhaupt nicht zu denken ist. Will jemand eine Akkordmarke nicht unterschreiben, so erzählt man den Leuten sie sollten sich die Fabrik von der Außenseite ansehen. Einer der hervorragendsten Akkordregulierer ist der in diesem Betrieb besonders gefürchtete Meister Eichholz. Wie wäre es, wenn die Betriebsleitung oder die Direktion den Meistern einmal nach seiner eigenen Schablone im Umgang mit den Arbeitern behandelte? Sals

heißame Lehre dürfte seinem Ueberseher den besten Dämpfer aufsetzen. — Das Schienenmaterial hat immer zu den gefahrvollsten und dabei am tiefstwertigsten behandelten Betrieben gehört, soweit die Wohlfahrt der Arbeiter in Betracht kommt. Dieser Produktionszweig wird jetzt nach Rheinhausen verlegt. Gleichzeitig hat die Firma dort auch verbesserte Walzenstraßen anlegen lassen. Damit ist den vielen Unglücksfällen hoffentlich ein Abhalt vorgebehalten. Auf dem Hensler Werke sollen nur noch Halbfabrikate (Knüppel, Mundstahl u. f. w.) hergestellt werden. Infolge dessen sind im bisherigen Eisener Schienenmaterial große Umänderungen notwendig. Die dort beschäftigten Arbeiter vom Bauhof haben es sehr eilig mit der Fertigstellung. Es werden doppelte Schichten eingesetzt, auch Sonntags wird gearbeitet. Den Arbeitern vom Bauhof wurde sogar gemietet, drei Schichten hintereinander zu arbeiten. Die Werkstättgehörigen der Abt. sollen in einer Lohnperiode drei Feiertage einlegen. Nach Abzug der Klassenbeiträge bleibt den Leuten für neun Schichten ein Einkommen von rund 27,40 Mk. für zwei Wochen. Wie die Arbeiter bei solchem Einkommen existenzfähig bleiben sollen, das mögen die Götter und die Betriebsleitung wissen. Eine ganze Anzahl Arbeiter haben daraufhin ihre sofortige Entlassung genommen, während der Rest der noch verbleibenden Arbeiter nunmehr für die zwei letzten schon angesagten Feiertagen zur Arbeit bestellt worden ist. Das Straßensystem ist in diesem Betrieb so ertragreich gestaltet, daß bei durchschnittlich 320 Arbeitern in Jahresfrist die Summe von 863 Mk. erreicht wurde. Trotz dieser jämmerlichen Verhältnisse ist es aber immer noch schwer, unter diesen geblühten Arbeiterkategorien den Gedanken der gewerkschaftlichen Selbsthilfe ausgedehnten Einfluß zu verschaffen. Daher ist auch die geradezu elende Lage dieses schwer schuftenden Proletariats, das täglich seine gefunden Knochen zum Markte trägt, erklärlich. Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.

Frankfurt a. M. Das Akkordlohnssystem genügt nicht mehr, um aus den Arbeitern auch noch das letzte Quentchen Arbeitskraft herauszuholen. Die Metallindustriellen sind deshalb auf der Suche nach einem Lohnsystem, durch welches dieser Zweck besser erreicht wird. Zweifelslos ist die Firma Vogt & Päßner in Bockenheim von dem Arbeitgeberverband vorgezogen, um mit ihren Arbeitern das „neue Lohnsystem“ auszuprobieren. Das Prämiensystem, wie es die Firma nennt, damit sich die Arbeiter besser mit ihm befreunden, trägt denn auch alle Merkmale eines Ausbeutungssystems in sich. Bis jetzt hatten nur die bei der Firma beschäftigten Arbeiter zu diesem Lohnsystem Stellung genommen. Am Samstag den 14. Mai beschäftigte sich auch eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Bockenheim damit. Nach den Mitteilungen, die in der Versammlung gemacht wurden, steht die Einführung des Prämiensystems in der Fabrik von Vogt & Päßner in kurzer Zeit bevor. Die Arbeiter hat man bis jetzt noch nicht gefragt, ob sie mit der Einführung des Prämiensystems einverstanden sind, obwohl der Direktor Pfeifer ausdrücklich die Einführung nur von der Zustimmung der Arbeiter abhängig gemacht hat. Bedauerlicherweise haben sich auch schon einige Arbeiter, sogar Mitglieder vom Arbeiterausschuß, bereit gefunden, nach dem Prämiensystem zu arbeiten. Der Grundgedanke des neuen Lohnsystems ist der, durch eine höhere Berechnung der Stunden- und Akkordlöhne die Arbeiter zur äußersten Anspannung ihrer Arbeitskräfte zu veranlassen, damit sie in den Genuss der in Aussicht gestellten Prämien kommen, die mit je 50 Prozent an die Arbeiter und die Firma verteilt werden. Das Prämiensystem nur den Zweck hat, die äußerste Leistungsfähigkeit des Arbeiters festzustellen, um danach eine anderweitige Festsetzung der Akkordlöhne vorzunehmen, liegt klar auf der Hand. Dieser Gedanke brachte alle Redner, die sich an der Debatte beteiligten, zum Ausdruck. Durch folgende Resolution wurde schließlich die Verhandlungsbeauftragung, zu der Frage Stellung zu nehmen: Die Versammlung stellt in der Einführung des Prämiensystems (Anreizungssystem) eine große Schädigung der Arbeiterinteressen. Die Versammlung ist sich bewußt, daß beabsichtigt wird, mit dem Prämiensystem die Arbeiter zur höchsten Produktivität anzutreiben, ohne Rücksicht auf Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Kollegialität. Die Versammlung fordert den Arbeiterausschuß auf, unter allen Umständen seine Zustimmung zur Einführung des Prämiensystems zu verweigern. Weiter fordert die Versammlung die Verwaltung auf, eine energische Agitation zu entfalten, um die Einführung des Prämiensystems in Frankfurt a. M. und Bockenheim zu verhindern.

Kottbus. Herr Schuhmacher-Berlin als Wahrheitsapostel. In Nr. 20 des Regulator legt der Herr gegen mich los: „Als ein sonderbarer Ausschneider entpuppt sich Herr Koch aus Kottbus, der in der Metallarbeiter-Zeitung berichtet, er hätte Schuhmacher und Räder mächtig abgeprügelt. Der Herr, der in der Versammlung in Kottbus anwesend war, betonte, daß er mit meinem Hejrat vollständig einverstanden war und lag dann ins unangelegliche (?) über Mitleid und die Berliner Hejmatkämpfer, so daß er von sämtlichen Zuhörern ausgelacht wurde. Nach meiner Dichtigstellung hat der Herr aber de- und wehmütig, die Diskussion zu vertagen, bis die Verbände eine Versammlung einberufen werden, aber heute kann er nicht, — weil seine Frau ihrer schweren Stunde entgegensteht. Frau Teufel über solch einen Menschen, der seine Frau in der schweren Stunde verläßt, um anständigen Arbeitern die Hude voll zu lägen. Vergleichliche Leute darf man nicht ernst nehmen. S. Schuhmacher.“ — Es ist tief bedauerlich, daß man sich mit solchen Menschen herumzschlagen muß, die, wie es scheint, Bauchgrummeln bekommen, wenn sie einmal etwas „Wahres“ sagen sollen. Es ist fester Latz, was Schuhmacher behauptet, da selbst der hiesige Vorsitzende der Hirsche, Herr Freimant, bestätigt, daß ich die „Hejmatkämpfer“ nicht mit einem Worte erwähnt habe. Ferner ist es wieder schwindel, daß ich gebeten haben sollte, die Diskussion zu vertagen und daß die Hirsche mich wegen meiner Ausführungen über Mitleid z. ausgelacht hätten. Ich habe nur gesagt: Es tut mir leid, daß ich der Versammlung nicht bis zum Schlusse beiwohnen kann, da meine Frau bald wiederkommt. Ich habe auch hinzugefügt, daß wir uns ja aber doch in der demnächst stattfindenden Metallarbeiter-Versammlung weiter ansprechen können. Die Mitglieder der Hirsche schienen aber von Menschlichkeitsgefühl keine Ahnung zu haben, sonst hätte man das hübscheste Sachverhalte und die Bemerkungen: „Bleiben Sie mal ruhig noch etwas da, so eilig wird es wohl nicht sein mit Ihrer Frau!“ wohl unterlassen. Ich bin dann tatsächlich noch dreizehn Stunden im Lokal verblieben, bekam noch einmal das Wort, bin aber dann sofort nach Hause gegangen. Daß ich als Bewohnungsmitglied des Metallarbeiter-Verbandes durch den Besuch einer gewerkschaftlichen Versammlung einer Prügel genüge, davon scheint Herr Schuhmacher keine Ahnung zu haben. Ich verzichte, von solch traurigen Hejden wie Herr Schuhmacher Ermahnungen in bezug auf moralisches Verhalten zu bekommen. Möge Herr Schuhmacher erst lernen, die Wahrheit zu sprechen.

Kottbus. Die Geschäftsstelle Kottbus hatte am Sonntag den 15. Mai in die Höhe eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband und der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsche-Danker). Die Hirsche hatten alles aufgegeben, was sich in Kottbus zur Folge der Gewerkschaften bezieht. Es waren Holzarbeiter, Tischler, Schuhmacher z. in größerer Anzahl vertreten. Man wollte es den „Verhandlern“ einmal zeigen, wie man die Majorität in einer Versammlung bekommt. Trotzdem die Herren Hirsche, wenn sie Versammlungen einberufen, niemals das Bureau aus der Mitte der Versammlung wählen lassen, verlangten sie immalkarisch (am besten) sollte selbst Herr Schuhmacher-Berlin, daß die Wahl vorgenommen wurde. Als erster Vorsitzender wurde Herr, als zweiter Vorsitzender Kollege Koch, als Schriftführer Kollege Vogt und Herr Hof gewählt. Kollege Winte-Berlin führte hieran in 1/2stündiger Rede der Anwesenden das Verhalten des Gewerkschafts vor Augen und erzielte reichen Beifall. Dann ergriff der Herr Berlin herbeigekommene Herr Schuhmacher das Wort, um die „Verhandler“ zu verurteilen. In Verkündungen und Schwindeln waren seine Ausführungen reich. Er wiederholte das Redl, daß der Verband verkorben und ausgebeutete Mitglieder witzig. Wir hatten Herrn Schuhmacher nicht für so dumm, daß

er selbst an solch einen Blödsinn glauben könnte, er schäht eben seine Mitglieder tatsächlich als so blödsinnig ein, als ob sie es ruhig glauben würden, was er spricht. Betreffs des Berliner Hirsche freilich verächtliche er den Verband, von den Unternehmern eventuell mit „blauen Lappen“ gespickt worden zu sein. Die blauen Lappen stiegen ja nur so umher, sagte Herr Schuhmacher. Kollege Winte wies diese gemeinen Verächtlichkeiten zurück und entgegnete Herrn Schuhmacher, daß man nur dann jemand hinter der Lüge vermute, wenn man schon selbst dahinter gesteckt hat. Hieran wurde die Versammlung geschlossen, nachdem eine von den Hirschen eingeleitete Resolution, welche nur die Gewerkschaft als die geeignete Arbeiterorganisation hält, angenommen, — das heißt nach Ansicht der Hirsche, denn es stimmten zweifellos genau so viel dagegen als dafür. — Dieser Spaß hätten sich ja die Hirsche nicht leisten können, wäre nicht bebauerlichweise eine Anzahl von 80 bis 40 Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes zu einer, wenn auch nicht unwichtigen Veranstaltung gegangen, die leider mit der Versammlung zusammenfiel. Die Kollegen hätten aber die Pflicht gehabt, in unsere Versammlung zu kommen.

Magdeburg. In welcher provozierenden Weise heute einzelne Betriebsleiter in der Metallindustrie vorgehen, mag das folgende zeigen. Die Lohnbewegung bei Garrett Smith & Co. war zu einem guten Teile deshalb injiziert worden, um Vorkehrungen zu treffen, daß die bisher übliche, die Gesundheit und das Familienglück der Arbeiter aufs schwerste schädigende Überstundenwirtschaft eingeschränkt werde. Verkürzung der Arbeitszeit ist der Ruf der Arbeiter auf der ganzen Linie. Die Firma hatte dem Rechnungsträger und eine Vereinbarung mit den Arbeitern getroffen, daß nur eine beschränkte Zahl Überstunden in Zukunft verlangt würde, die allerdings noch reichlich genug war, nämlich zehn Stunden in sechs Tagen, und zwar durch Beginn der Arbeitszeit morgens um eine Stunde früher und Dienstags und Freitags je zwei Stunden abends. In letzter Zeit wurden aber wieder mehr verlangt, zum Teil eine ganze Nacht. Das lehnten die Arbeiter ab, erklärten sich aber bereit, wegen des Himmelfahrtsfestes noch einige Stunden zugeben. Das Vorstehende gilt allgemein, auch für die Gießerei. Obgleich sonst in Eisengießereien wenig Überstunden und gar keine halben Nächte gearbeitet werden, kamen die Arbeiter der Gießerei auch hier wieder der Betriebsleitung entgegen und arbeiteten zum Beispiel in der vergangenen Himmelfahrtswoche: die Formier in fünf Tagen zehn, die Kernmacher sogar 23 Überstunden, wörtlich drückungsangig. Als am Sonnabend abend außerdem gearbeitet werden sollte, erklärten die Formier schon des Morgens, daß könnten sie nicht und bekamen die Antwort, wer gehen wolle, könne um sechs Uhr gehen. Die Betriebsleitung wurde nicht im Zweifel darüber gelassen, daß kein Formier nach sechs Uhr in der Fabrik bleiben würde, und das ist geschehen, obgleich um halb sechs Uhr der Ofen angefeuert wurde. Dafür erschien am Montag den 16. Mai abends ein Anschlag, daß die Gießerei bis auf weiteres geschlossen sei. So dankt die Firma das Entgegenkommen der betreffenden Arbeiter, so beweist sie aber auch, wie unfähig die ganze Überstundenwirtschaft ist, wenn jetzt sogar wochenlang pausiert werden kann. Die Arbeiter werden diese unfreiwilligen Ferien in bester Weise zur Aufbesserung ihrer durch die Arbeit zerrütteten Gesundheit benutzen. Daß sie sich aber diese Rücksichtslosigkeit merken werden, dessen können die Verantwortlichen der Aussperrung gewiß sein. Die Metallarbeiter rechnen an die Solidarität der Kollegen hier und auswärts, damit diese brutale Handlung die gebührende Beachtung findet.

Meißen. Eine wirkungsvolle Agitation für den Deutschen Metallarbeiter-Verband hat, natürlich ungewollt, das hiesige Graba- und Schregewerk entfaltet. In diesem Betrieb durften sich bisher einige der Herren Wertmeister gegen die Arbeiter, und ganz besonders gegen die weiblichen, Ausdrücke erlauben, die sonst nur in zoologischen Wörterbüchern zu finden sind. Eine derartige Behandlung ist natürlich nur da möglich, wo man weiß, daß man Leute vor sich hat, die der gewerkschaftlichen Organisation fernstehen. In einer am 14. April vom Metallarbeiter-Verband veranstalteten Versammlung gelang es, Vorende zu schlagen. Nach einem vorzüglichen Referat der Genossin Wadwis aus Dresden ließen sich circa 40 Arbeiterinnen in den Verband aufnehmen. Wenige Tage später legten drei Verbandskollegen, die von Herrn Ingenieur Schönsfelder in wenig liebenswürdiger Weise mit „Hande, welche bei Meister Schöls ganz verlottert sei“, bezeichnet wurden, die Arbeit nieder. Schon das brachte die Arbeiterschaft in nicht geringe Aufregung. Die Situation wurde sofort ausgenützt und für Dienstag den 26. April abermals eine Versammlung einberufen. Diese brachte uns 26 weibliche Mitglieder. Ende voriger Woche kam der Haupttreffer. Meister Siegel erklärte der Arbeiterin Sch., sie müsse aufhören, weil sie eine Kollegin „aufgehört“ habe, gegen die Firma (Graba- und Schregewerk) klagbar vorgehen. Auch sie sei schuld, daß so viel Arbeiterinnen in den Verband gegangen wären, weswegen sie von der Firma noch verklagt werden könnte. Wer laßt da nicht? Für das Kompliment, Agitatorin für den Verband zu sein, mußte Frau Sch. dem Meister Siegel eigentlich dankbar sein. Nach diesem Vorgang versuchte die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes und eine fünfgliedrige Kommission der Arbeiter mit der Direktion wegen der Wiederentstellung zu verhandeln. Ein Brief der Verwaltung blieb unbeantwortet, obwohl eine Notornote beigelegt war. Auch der Kommissionsmitglied man nicht, vorzüglich zu werden. Man blieb nur noch ein Mittel, die Frucht in die Öffentlichkeit. In einer außerordentlich frucht besuchten Versammlung, die am Mittwoch den 11. Mai im Saale der Goldenen Weintraube tagte, unterzog der Bezirksleiter, Kollege Haack aus Leipzig, die Zustände in der Fabrik und die dort herrschende Behandlung einer scharfen Kritik. Von den zahlreichen Beispielen, die Kollege Haack anführte, um die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer zu kennzeichnen, sei nur folgendes hervorgehoben: Durch irgend einen Zufall sprang einem Schlosser ein Meißel ab und lag einer in der Nähe arbeitenden Arbeiterin so gegen die Schläfe, daß er stecken blieb und die Arbeiterin, die sich heute noch in ärztlicher Behandlung befindet, ohnmächtig zusammenbrach. Es entstand natürlich nicht geringe Aufregung unter den anderen Arbeiterinnen. Meister B., der kurz darauf durch den Saal ging, sagte: Wenn weiter nichts war, ich dachte, die ganze Hude brenne. — Auch die Einhaltung der polizeilichen Vorschriften läßt zu wünschen übrig. Besonders Garderobe oder Umkleieräume für Arbeiterinnen gibt es nur auf einigen Sälen. Die Wäscheabfuhr ist sehr mangelhaft, Speisräume sind ebenfalls gar nicht oder nur ungenügend vorhanden. Der Redner forderte die Anwesenden auf, durch Eintritt in den Verband zu dokumentieren, daß sie mit diesen Zuständen nicht einverstanden sind. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. In der folgenden Debatte sprach Genosse Schmidt im Sinne des Referenten, er forderte zum Schlusse ebenfalls zum Eintritt in den Verband auf. Eine demersprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schlusse machte der Vorsitzende bekannt, daß sich wiederum 61 Mitglieder anschließen ließen. Eine detailliertere Antwort konnte der Firma auf ihre Maßnahmen wohl kaum erteilt werden. Jedem Mitglied ermahnt man die Pflicht, rege für den Verband zu wirken, damit auch die noch Zurückbleibenden auf ihre Pflicht, Mitglied des Verbandes zu sein, hingewiesen werden. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung und auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde die Versammlung geschlossen. — Mit dem Erfolg unserer Agitation können wir zufrieden sein, obwohl wir anerkennen, daß die Firma respektive das Benehmen der betreffenden Meister unsere Organisation gefördert haben. Sie sind im Zeit der Kraft, die Hölle mit Gutes schafft. Am Jahresfluß rechneten wir mit 422 Mitgliedern ab, jetzt vier Monate später, haben wir über 700 Mitglieder zu verzeichnen. Ist die Zahl noch hoch, so ist sie noch verhältnismäßig niedrig, wenn in Betracht gezogen wird, daß hier in der Metallindustrie gegen 1100 Arbeiter und 600 Arbeiterinnen beschäftigt sind. Zur jeder Kollege seine Pflicht, dann ist es leicht möglich, daß wir am kommenden Jahresfluß mit 1000 Mitgliedern abschließen.

Meißen. Obwohl unsere Verwaltungsstelle in letzter Zeit richtig fortgeführt, so sind wir doch gezwungen, an dieser Stelle Klage zu führen über die Nachlässigkeit der Meißener Arbeiter,

insbesondere unserer Kollegen, die da glauben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, damit schon genug für den Verband getan zu haben. Wird in irgend einer Fabrik eine Besprechung abgehalten, so sind es ganz gewiß unsere Kollegen, die nicht erscheinen. Wo soll das hingehen? Wenn die Kollegen kein Interesse zeigen, so können es die anderen schon gar nicht. Da ist die Eisengießerei und Maschinenfabrik von Gebrüder Wurberg, in welcher unsere Kollegen gut vertreten sind, aber doch waren in einer Werkstattdarstellung von dem 70 dort beschäftigten Arbeitern eine so „große“ Anzahl erschienen, daß man gar nicht anfangen konnte. Angesichts dessen sollte man glauben, daß diese Hude eine Mutterwerkstätte wäre. Daß es nicht so ist, beweist folgendes: Der Lohn für Schlosser ist 32 bis 38 Pf. die Stunde. Abgesehen von dem Lohne, allein die Witzkünde, die dort herrschen, ins Auge gefaßt, wäre es an der Zeit, wenn Remedur geschaffen würde. Die Aborte sind in einem derartigen Zustand, daß sie kein Mensch zu betreten wagt, wie mir versichert wurde. Besonders bemerkbar macht sich für einen, der zum ersten Male die Hude betritt, das Fehlen jeglicher Schutzvorrichtungen an den Maschinen. Die Transmission ist nahe am Erdboden angebracht und von den Dreibriemen hängen die Fäden weg. Es ist ein Wunder, daß noch kein Arbeiter e. faßt wurde. Eine Wohnung herrscht in der Hude, daß man bei jedem Schritte befürchten muß, über etwas zu stolpern und ein Bein zu brechen. Dem Firmeneigener scheint der § 120 der Gewerbeordnung nicht bekannt zu sein. Überhaupt wäre es an der Zeit, wenn der Herr Gewerbeinspektor zeigen möchte, daß er auch noch am Leben ist. Bis jetzt haben wir von der Existenz eines solchen noch nichts erfahren. Auskunft kann er zu jeder Zeit von der Verwaltung haben. In der Gießerei sieht es nicht besser aus, besonders der Kran ist lebensgefährlich. Es sind dort Schrauben herausgefallen, doch bis jetzt noch nicht erneuert. — In der Höllefabrik von Wurberg, Inhaber Spielbaum, sind die Aborte in einem derartig traurigen Zustand, daß es die Arbeiter vorziehen, auf dem Achenhaufen am Hofe der Fabrik ihre Notdurft zu verrichten. Dabei ist diese Fabrik eine Domäne der Christlichen, in der sogar der Vorsitzende der hiesigen Zählstelle arbeitet. Da kann man wieder sehen, wie die Interessen der Arbeiter durch solche Leute vertreten werden. Auch wird dort die reinste Lehrlingsausbeutung betrieben. Die Schleiferlehrlinge sind schon um 6 Uhr morgens in der Fabrik und arbeiten bis 7 Uhr abends. Als vor kurzer Zeit ein Polizeibeamter die Fabrik besuchte und einen Lehrling fragte, wie die Arbeitszeit wäre, wurde ihm prompt geantwortet: „Von 7 bis 7 Uhr, vor- und nachmittags je eine halbe Stunde Pause.“ Was sagen die Herren Christlichen dazu? Ist das eine Arbeitervertretung? Arbeiter von Weltmann, ermahnt euch doch endlich, tretet ein in unsere Reihen, nur bei uns liegt die Bürgschaft für euch, daß eure Interessen wirksam vertreten werden. Unsere führenden Kollegen treten für euch ein mit ihrer ganzen Kraft und überlassen es nicht erst anderen für die Arbeiter einzutreten. Auskunft erteilen bereitwillig der Vorsitzende, die Vertrauensleute und unser Verkehrsleiter Otto Eigen, Freiheitskämpfer.

Worzhelm. Wir veröffentlichen hiermit das Urteil des Schiedsgerichtes, welches am 17. Mai den Streitfall Karstedt-Milck zu erledigen hatte. Das Schiedsgericht tagte unter dem Vorsitz des Kollegen Alfred Weis, als Beisitzer nahmen teil die Kollegen Ernst Birk und Christian Geist. Das Urteil geht dahin: Das Verhalten des Kollegen Franz Milck, Klempner, wird als höchst unkollegial erklärt und er hiermit öffentlich verurteilt. In Erwägung, daß das Verhalten seines Gegners auch nicht ganz einwandfrei, nahm das Schiedsgericht Abstand von einem Antrag auf Ausschluß aus dem Verband. Alfred Weis, Ernst Birk, Christian Geist.

Södingen. Zur Lohnbewegung der Federmeßerschläger. Am Dienstag den 17. Mai fand bei Schmidt, Mangenberg, eine öffentliche Versammlung statt, um zu den Verhandlungen Stellung zu nehmen, die mit den Fabrikanten bisher gepflogen worden sind, einen Lohnzettel für die Branche zu schaffen. Bekanntlich herrschte bis vor kurzem noch in diesem Beruf das größte Durcheinander. Kollege Sandler erstattete den Bericht. Hinweisend darauf, daß heute der Abschluß der Preisverzeichnisse oder Tarifverträge vielen zu lange dauere, hätte er daran zu erinnern, daß genau vor einem Jahre an selbiger Stelle diese Frage auf der Tagesordnung stand, daß aber unter den damals Erschienenen bloß wenige Schlägereiarbeiter waren. Man solle daraus die Lehre ziehen, in Zukunft die gute Konjunktur sofort auszunützen, dann würden solche Vorwürfe, daß es zu lange dauere, nicht erhoben werden. Am Anfang des Jahres hätte die im Dezember aufgenommene Statistik ergeben, daß in 11 Werken, von denen man die Fragebogen zurückerhalten habe, 149 Schlägereiarbeiter in Frage kamen, von denen damals bereits 132 organisiert und nur 17 unorganisiert waren. Für eine Lohnbewegung, eventuell mit Jubiläumnahme der Arbeitsniederlegung stimmten damals 124 Kollegen, 24 waren unter Umständen dafür, wenn sich auf gültigem Wege nichts erzielen läßt und nur ein Kollege erklärte sich gegen den Streik und die Lohnbewegung. Inzwischen habe sich das Bild wesentlich geändert. Neue Werkstätten hätten sich noch angegeschlossen, so daß man wohl augenblicklich sagen könne, die Schlägereiarbeiter der Federmeßerindustrie seien heute prozentual am stärksten von der hiesigen Arbeiterschaft organisiert. Die Aufgabe der Fabrikanten, etwa 300 Arbeiter zu beschäftigen, treffe nur zu, wenn alle Angestellten, sogar Hilfsarbeiter, Kutcher, Heizer und Meister mit eingerechnet seien. Auch Gerätschaftschlosser und Messermeßerschläger kämen schließlich bei dieser Zählung mit in Frage, die jedenfalls auf Beschluß der Organisation sich solidarisch erklären und die Arbeit ebenfalls niederlegen müßten, wenn dies erforderlich wäre. Es kämen als bestimmte Schlägereiarbeiter im höchsten Maße 200 bis 230 Personen in Betracht. Einzelne Werte jedoch kämen von vornherein garnicht für die Lohnbewegung in Betracht, da diese Werte heute schon mehr zahlen, und die Arbeiter selbst erklären, daß sie selbst bei dem neuen Preisverzeichnis nicht arbeiten könnten, da sie dann bedeutend unter ihrem jetzigen Verdienst bleiben würden. Dies ist doch sehr bezeichnend für die ganze Lage. Die direkten Preisfragen seien äußerst minimal gehalten und stießen auf Widerstand, noch schlimmer sei es mit den prinzipiellen Fragen, die bewilligt werden müßten, um möglichst Differenzen und Kämpfe hintenan zu halten. Diese Fragen betreffen die Arbeitsdauer, die Entlohnung, Lohnbücher (sehen heute noch bei F. Flocke), Bewahrung der Überstunden und der Sonntagarbeit, Licht, Werkzeuge, Wärmehüte, Reparaturen, das Alter für Schlägereiarbeiter, prozentuale Erhöhung des Taglohns, die Dauer des Tarifvertrages und die Konstituierung einer Schlichtungskommission. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten hätte man gemacht. Probeweise hätte man zum Beispiel auf ein halbes Jahr den Vertrag abschließen wollen. Da stehe man im Winter. Er als Geschäftsführer könne das überhaupt nicht unterschreiben, nehme die Versammlung das an, so enthebe sie ihn jeder Verantwortung. Die Entscheidung liege in der Hand der Kollegen, besonders der besser bezahlten, welche für die minder bezahlten Leute einzutreten hätten. Sollte es zum Kampfe kommen, dann solle derselbe vor allem mit der größten Gelassenheit und Ruhe geführt werden, ohne persönliche Angriffe, soweit es immer möglich sei. In der nachfolgenden Debatte wurde die Bewahrung des Lichtes seitens der Lohn- und Fabrikarbeiter geradezu als Standbald bezeichnet. Die Unternehmer seien laut Gesetz verpflichtet, Licht zu stellen. Es seien Werte im Kreise Södingen, die jährlich 5 bis 6000 Mk. auf diese Weise einheimsten. Diese Forderung müsse unter allen Umständen hochgehalten werden. Im Übrigen zeigte die Debatte einen äußerst ruhigen Charakter, obwohl man konstatieren konnte, daß sich keiner der Anwesenden auf die Vorschläge der Fabrikanten einlassen will. Es wurde jedoch folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Schlägereiarbeiterversammlung erklärt nach eingehender Kenntnisnahme von den gepflogenen Verhandlungen, daß es nicht im Interesse der Arbeiter liegt, dieselben mit einem Konflikt zu beenden. Sie erachtet es jedoch als dringend notwendig, daß der Tarif bis zum Samstag nach Pfingsten, mittags, vorliegt. Ganz besonders jedoch erachtet es die Versammlung, daß der Tarif nicht probeweise auf ein halbes, sondern mindestens auf ein ganzes Jahr bei vierteljährlicher Kündigung festgelegt wird und unter allen Umständen mit dem Inkrafttreten des Tarifs eine aus beiden Seiten gleich zusammengelegte Schlichtungs- oder Einigungs-

kommission anerkannt wird." Sodann wurde noch aufgefordert, die Mitgliedsbücher abzuliefern mit den Angaben, ob das betreffende Mitglied verheiratet oder ledig sei, und wieviel Kinder eventuell zur Unterstützung in Frage kämen, um dem Hauptvorstand das letzte entscheidende Material zu liefern.

Solingen-Höfheid. Lohnreduzierungen bei der Firma Hansen & West sind das Ergebnis des hier in der Schneidwarenindustrie flott gehenden Geschäftsganges und — der Rückständigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, welche letztere der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu bannen versucht. Bei dieser Lohnreduzierung ging es so, wie es schon oftmals auch an anderen Stellen gegangen ist. Der Firma wird eine große Bestellung angekündigt, ist aber nur erhältlich, wenn — seitens der Arbeiter — billiger geliefert wird. Daß der Prinzipal einmal auf seine Untertanen billiger liefern sollte, daran zu denken, ist für die Arbeiter nicht statthaft. Den Beweis dafür lieferte die Firma insofern, als diese angekündigte Lohnreduzierung von 10 Prozent wahrscheinlich von ihren Arbeitern der Redaktion der Bergischen Arbeiterstimme gemeldet wurde, die sich damit befaßte und die notwendige Kritik daran knüpfte. Kaum erschien der betreffende Artikel, als auch bereits einem organisierten Kollegen gekündigt wurde. Die Vorstellungen der Geschäftsleitung des Verbandes beantwortete Herr West damit, daß er erklärte, daß der gekündigte ja sonst zu irgend einer Klage keine Veranlassung gebe, er wolle ihn bloß nicht mehr haben, er sei ihm ein ganz unsympathischer Mensch. Unter welchen sonstigen Umständen die Lohnreduzierung ermöglicht wird, das werden die meisten der den hiesigen Verhältnissen Fernstehenden sich erst klar machen können, wenn sie das Protokoll des Heimarbeiterskongresses zur Hand nehmen. Auch in diesem Falle der Lohnreduzierung kommt das dort gefasste Beschlüsse zum Ausdruck. Ein Teil der Arbeiter dieser Firma willigte ein (bei der jetzigen günstigen Konjunktur), weil die großen Hansen es ermöglichen, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, um mit Weib und Kind die halbe Nacht durcharbeiten zu können. Dann brüstet sich Herr West damit, daß einzelne seiner Arbeiter bis 50 Mk. pro Woche verdienen. Dem ganzen feste dann noch ein Arbeiter (namens R. Weffer, früher Maschinenarbeiter bei der Firma Böcker) die Krone auf, indem er seinen Kollegen erklärte: „Der diese Notiz nach der Arbeiterstimme gebracht hat, der ist ein Lump!“ Nun ist aber diese Notiz nicht nur wahrheitsgetreu, sondern ist bestätigt durch Aussagen unserer Kollegen und des Herrn West selbst. Man sieht, der Weffer kann es noch weit bringen. Nun hat sich auch der Lokalverein der Taschen- und Federmesserreißer mit dieser Angelegenheit befaßt, und wie immer hat man auch dort wieder gemeint, daß ein Preisverzeichnis für diese Arbeit das alleinige sein könne, was den Arbeitern aus der Misere hilft. Daß die Heimarbeit in diesem Falle die Wurzel des Übels ist, das fortzuehend immer mehr und mehr diese Arbeiter degeneriert, das Selbstbewußtsein und das Solidaritätsgefühl untergräbt, daß die Arbeitszeit verkürzt anstatt verlängert werden muß — von dieser Stellungnahme wird uns nichts berichtet. So geht das Verhängnis seinen Gang; den Arbeitern werden erst bei der wieder hereinbrechenden Krise die Augen geöffnet werden. Wir aber werden fortfahren, unsere Schuldigkeit zu tun, ob man uns hören will oder nicht.

Thorn. Am 8. Mai wurde hier eine öffentliche Metallarbeiter-versammlung abgehalten, die von circa 40 Personen besucht war. Es wurden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fabriken Drexler und von Born & Schüge einer Kritik unterzogen. Nachdem der Referent, Kollege Frühling aus Königsberg, die Arbeiterbewegung im allgemeinen einer eingehenden Betrachtung gewidmet hatte, kam er auf die Verhältnisse der Thorer Metallindustrie zu sprechen. Bei der Firma Drexler, landwirtschaftliche Maschinenfabrik, sind circa 180 Personen beschäftigt, von welchen circa 25 Lehrlinge sind. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, es müssen jedoch circa 40 Kollegen regelmäßig Überstunden machen, ohne daß dafür eine besondere Entschädigung bezahlt wird. Der Lohn der Schlosser beträgt 20 bis 40 Pf. Letzteren Satz erreichen nur zwei Kollegen. Die Schmiede verdienen von 25 bis 30 Pf. pro Stunde, Former 30 Pf., Klempner 25 Pf. Die Dreher verdienen in Alford pro Stunde 25 bis 50 Pf., die Former von 20 bis 50 Pf. Bei solchen Löhnen zieht man den Arbeitern noch Strafgebühren ab. In sanitärer Beziehung kann man sagen, daß die Zustände „ostelbisch“ sind. Ventilation, Heizung, Beleuchtung und Reinigung sind vollständig ungenügend. Worte sind für die ganze Fabrik nur zwei da, und ist es deshalb kein Wunder, wenn manchmal ein förmlicher Ringkampf ausgefochten wird. Die Schutzvorrichtungen fehlen an fast allen Maschinen, erst auf ausdrückliches Verlangen des Herrn Gewerbeinspektors sind zum Teil welche angebracht worden. — Bei der Firma Born & Schüge arbeiten circa 115 Personen, circa 65 erwachsene und circa 50 Lehrlinge. Die Arbeitszeit ist 10 Stunden, von circa 15 Mann werden täglich Überstunden verlangt. Der Lohn beträgt für Schlosser von 18 bis 35 Pf., für Schmiede von 18 bis 30 Pf., für Dreher von 18 bis 30 Pf., für Former von 20 bis 35 Pf. pro Stunde. In bezug auf Schutzvorrichtungen ist es bei der Firma nicht besonders gut bestellt. Nachdem Referent alle diese Punkte erörtert und den Kollegen den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband empfohlen hatte, meldete sich der Dreher Lehmann zum Worte. Derselbe betonte, daß die Verhältnisse noch schlimmer sind, wie sie der Referent geschildert und empfahl, den Anschluß an den Gewerbeverein nicht zu veräumen. Der Verband sei sozialdemokratisch und möchte sich doch die Arbeiter einer Organisation anschließen, die keine Politik treibe. Nachdem dem „Freund“ Lehmann vom Referenten an der Hand guten Materials beigegeben wurde, daß der Gewerbeverein Politik treibe und die Streikbrecheraffären des Gewerbevereins nachgewiesen hatte, war Lehmann mit seinem Latein zu Ende, er erklärte: „Der Klügste schweigt!“ Er war somit vor der Versammlung gerichtet. Er versuchte, auch noch durch Lärmen die Versammlung zu stören und mußte daher energisch zur Ruhe genahmt werden. Auch wurde in der Diskussion das sozialpolitische Verhältnis der Herren Unternehmer einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Konnte es sich doch die Firma nicht verkneifen, „ihre“ Arbeiter durch Drohung mit der Hungerpeitsche von der Versammlung fernzuhalten, indem sie bei der Lohnzahlung anfragte: „Wer die Versammlung besucht, wird am Montag entlassen.“ Den Thorer Kollegen rufen wir aber zu: Organisiert euch, schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Nur durch ihn seid ihr in der Lage, eure Sklavenketten zu brechen.

Rundschau.

Zur Mitgliederbewegung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1903.

Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist nachträglich der Jahresabschluss des Verbandes der Dötker zugegangen. Danach zählte der Verband Ende 1902: 6194 Mitglieder, Ende 1903: 6960. Er hat demnach um 156 Mitglieder zugenommen. Die der Generalkommission der Gewerkschaften am Schlusse des Jahres 1903 angehörenden 61 Verbände umfaßten also 945 126 gegen 762 419 Mitglieder am Jahreschlusse 1902. Das bedeutet einen Zuwachs von 192 706 oder 25,6 Prozent. Rechnet man die nach Jahreschlusse der Generalkommission beigetretenen Organisationen der Gärtner (Allg. G.-V.), Wägharbeiter und Postkutschler hinzu, so erhöht sich die Jahresabschlussmitglieder der zurzeit der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften auf 950 082, gegen Ende 1902 ein Mehr von 197 863 Mitgliedern.

Das Neueste vom § 153.

In Görlich hat der größte Teil der Unternehmer der Herrenkonfektion mit dem Schneider-Verband und dem Gewerbeverein der Schneider einen Tarif abgeschlossen. Nur drei-Firmen stehen aus. In der Görlicher Volkszeitung erschien nun im Februar ein Aufruf, der unter anderem vom Kartell unterzeichnet war und in dem mitgeteilt war, daß nächstens eine Versammlung stattfinden würde, die sich mit dem ablehnenden Schreiben der nichttariftreuen Firmen beschäftigen würde. Die Arbeiter wurden ersucht, die tariftreuen

Geschäfte bei Einkäufen zu berücksichtigen. Ein Unternehmer, der den Tarif nicht anerkennt, obwohl er behauptet, Tariftreue zu zahlen, übergab die Notiz der Staatsanwaltschaft und ersuchte um Verfolgung. Diese kam dem Wünsche nach. Am 27. Mai steht Termin an gegen die Genossen Hindner als Kartellvorsitzenden, und Müller als verantwortlichen Redakteur der Görlicher Volkszeitung. Sie sollen verurteilt werden, Arbeitgeber durch Verurteilung zu bestimmen, einer Vereinbarung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen beizutreten. Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Das ist wirklich etwas Neues vom § 153.

Scharfmacher-moral.

Der Oberingenieur Ahmussen der Westfirma Blohm & Voß ist ein großer Vorkämpfer der Abstinenz; er bekämpft den Alkoholgenuss mit größter Energie und hat es dabei bis zum Hochtemplerdes Gutmepplerordens gebracht. Nun sollte man meinen, daß unter diesen Umständen der Werkleitung nichts angenehmer wäre, als wenn die Werftarbeiter sich des Biergenusses enthalten und sich den alkoholfreien Getränken: Selterswasser, Brause, Milch, Kaffee und so weiter zuwenden. Aber weit gefehlt. Um die Arbeiter vom Genuss alkoholfreier Getränke abzuhalten und sie tunlichst zum Biergenuss zu zwingen, hat die Firma Blohm & Voß laut Anschlag in ihrer Speise- und Kaffeehalle die Preise für Selters, Brause, Kaffee, Milch und so weiter um 100 Prozent erhöht, von 5 auf 10 respektive 10 auf 20 Pf. Und was ist der Grund dieses Vorgehens? Die Scharfmacher Blohm & Voß wollen den Brauereiring gegen den Bierboykott in Schutz nehmen. Das ist Scharfmacher-moral!

Eine Flugchrift gegen den Metallarbeiter-Verband.

In nächster Zeit wird eine Broschüre des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter verteilt, die von der ersten bis zur letzten Seite von Schmähungen des Metallarbeiter-Verbandes ströht. Soweit sie allgemeine Angriffe sind, wird an anderer Stelle geantwortet werden. Es sollen hier lediglich die auf Berlin bezüglichen gehässigen Angriffe zurückgewiesen werden. Doch auch diese nur, soweit sie neu sind. Die alten, längst widerlegten Verdächtigungen bedürfen keiner erneuten Widerlegung. Es wird in der Broschüre behauptet, daß sich in den intimen Kreisen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltung Berlin, Verräter befänden, die alle Beschlässe der Sirevikommission der Gürtler und Drücker dem Arbeitgebersekretär auf schnellstem Wege übermitteln hätten. Im nächsten Absatz wird dann auf eine angebliche Äußerung Wiesners in einer Versammlung der Krankenkasse der Mechaniker Bezug genommen. Vorsichtshalber lehnten die mutigen Herren die Verantwortung für diese Äußerung ab, womit zugegeben wird, daß die Herren sich mit der angeblichen Äußerung Wiesners selbst nicht identifizieren möchten. Nun läßt sich ja über den Begriff von Sitte und Anstand streiten. Wir meinen aber, es sei nicht zuviel verlangt, wenn wir den Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter auf-fordern, uns die Möglichkeit zu geben, die Schreiber obiger Behauptungen anzufassen zu können. (Die Broschüre ist von keiner juristischen Person gezeichnet.) Oder wir müssen annehmen, es ist den Herren lediglich darum zu tun, wissentlich falsche Verdächtigungen auszustreuen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Allgemeiner Deutscher Arbeitgeberbund.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat den ihm erteilten Auftrag ausgeführt, indem er eine Versammlung gewerblicher Verbände nach Berlin berief, in der eine „freie Vereinigung von wirtschaftlichen beziehungsweise Arbeitgeberverbänden“ begründet wurde. Die „freie Vereinigung“ will die auf eine Gesamtorganisation der Arbeitgeber gerichteten Bestrebungen unterstützen, indem sie, wie es heißt, für ihre Mitglieder einen gemeinsamen Kartellvertrag mit der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ abzuschließen sucht. Die vorläufige Geschäftsführung ist dem „Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller“ übertragen worden.

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, soll bei der am 31. Mai stattfindenden Generalversammlung der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Bildung eines Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Stahlindustriellen für den Bezirk der Gruppe beantragt werden. Der Verband soll sich der vom Zentralverband deutscher Industrieller begründeten Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände anschließen.

Vom Ausland.

England.

Im letzten Monatsbericht des Verbandes der Maschinenbauer sind folgende Mitteilungen enthalten: Wir sind im Laufe des Monats mit dem Vorstand des Unternehmerbundes wegen einer Anzahl noch ausstehender Fragen zusammengetroffen. Die erste betraf die Verhütung von Nachschichtigen in Spitzschicht und wurde den Ortsverbänden zur Behandlung überwiesen. Die zweite betraf die Verhütung von Nachschichtigen in Hochschicht und wurde dadurch erledigt, daß beide Seiten sich für Zahlung des doppelten Lohnsatzes erklärten. Die dritte betraf die Auslegung eines Vertrags bezüglich eines Dampfers und wurde fallen gelassen. Die vierte betraf wiederum eine Londoner Angelegenheit, nämlich die Abänderung der Arbeitsstunden in den Londoner Werkstätten der Herren Cropley. Der Fall lag ziemlich kompliziert, die Entscheidung lautet aber zu unsern Gunsten. Die fünfte Frage betraf die Ergebnisse der Stücklöhne bei der Firma Gumber in Weston. Grundsätzlich dieses Falles gingen die Aussagen der Beugen am Orte sehr auseinander, und es ward daher beschlossen, daß graphische Protokolle aufgenommen werden sollen.

Die nächste Frage kam aus Stoke. Sie drehte sich um die Auslegung des vierten Paragraphen des Carlisle-Vertrages, bezüglich des Systems der Prämienlöhne. Eine Firma hatte das System eingeführt und nach wenigen Monaten wieder fallen gelassen. Es machte nicht den Eindruck, als ob die Firma das Experiment zum Zweck der Beschneidung der Löhne gemacht habe, und so ward in dieser Sache kein weiterer Druck ausgeübt. (Der Carlisle-Vertrag schreibt vor, daß, wenn Firmen das Prämienlohnsystem einführen, sie auch bei ihm bleiben sollen.)

Die letzte Frage kam von Lincoln, wo Unternehmer am Orte sich geweiht hatten, mit unserm Komitee zu konferieren, indem sie behaupteten, es gäbe nichts zu konferieren. Die Entscheidung der Zentralkonferenz war, daß die fragliche Firma zu dieser Ausrede kein Recht habe. Es wird daher eine Ortskonferenz stattfinden.

Die Redaktion des „Neuen Montagblattes“ schreibt hierzu:

„Wie geschäftsmäßig ruhig das alles klingt! Eine der stärksten, in bezug auf ihre Finanzen heute bestellten Gewerkschaften der Welt konferiert nun schon seit sechs Jahren in dieser Weise mit dem Verband der Unternehmer ihrer Branche. Ungezählte Streikfeiten, die sonst Streiks über Streiks mit sich gebracht und viele Opfer gefordert hätten, sind auf diesen Konferenzen in wenigen Stunden beigelegt worden, und Duzende von Malen hat der Zentralverband der Unternehmer gegen Unternehmer eingeschoben und sie gezwungen, den Arbeitern nachzugeben. Keiner der Chefs der gewaltigen Maschinenfabriken fühlt sich an die Krone gegriffen, wenn er mit den Vertretern der Arbeiter auf gleichem Fuße konferieren muß. Es ist noch nicht das gelobte Land, wo Lamm und Tiger neben einander schlafen, aber Arbeiter wie Unternehmer finden sich sicher nicht schlechter dabei, als im hoch gelobten Lande des „Zentral-arbeiterverbandes.“

Frankreich.

Der Streik der Metallarbeiter in Fromelonne, von dem wir bereits kurz berichtet hatten, dauert noch immer fort. Die Unternehmer hatten versprochen, die 50 Auszubildenden, die sie entlassen

hatten, um den Befristungsentag umgehen zu können, wieder aufzunehmen. Dieses Versprechen haben sie jedoch wieder zurückgezogen, so daß die Arbeiter gezwungen waren, weiterzutreten. Eine Delegation der Streikenden, unter ihnen der Sekretär des französischen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Katapie, ist bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten sowie bei dem Kriegs- und dem Marineminister vorstellig geworden. Aus diesen Kreisen erhalten die Metallwerke von Fromelonne sehr viele Auskünfte zugewiesen. Die Arbeiter machten den Herren Ministern klar, daß die Regierung in erster Linie die Pflicht habe, ihre Arbeiten in Werken ausführen zu lassen, wo die Befehle inne gehalten werden. Inwiefern der Zweck der Delegation erreicht werden wird, ist zurzeit noch nicht bekannt.

Literarisches.

Meyers Großes Konversations-Lexikon. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.) In dem soeben erschienenen VI. Band von Meyers Großem Konversations-Lexikon finden wir eine Menge von Fachartikeln. Einen großen Raum nehmen die Artikel aus dem Gebiet der Elektrizität: „Fernmeldeapparat“, „Fernsprecher“, „Fernphotograph“, ein. Unter dem Stichwort „Feuer“ und den anschließenden Artikeln: „Feuerlöschmittel“, „Feuerlösch“, „Feuer“ sind die gegen Feuergefahr vorhandenen Schutzmittel ausführlich behandelt und durch mehrere Tafeln veranschaulicht. Aus dem Gebiet des Maschinenwesens greifen wir nur die Artikel „Fahrrad“, „Fahrbaumaschinen“, „Feldbahn“, „Feuerluftmaschinen“, „Filterpresse“, „Fördermaschinen“ heraus. Alles Interesse wird durch den russisch-japanischen Krieg der Abschnitt „Festungsbau“ finden, dem drei interessante Karten beigegeben sind. Eine besondere Textbeilage: „Die wichtigsten Erfindungen“ wird in zweifelhaften Fällen gute Dienste leisten. Das Werk erscheint in 20 Halbleder-Bänden zum Preise von je 10 Mk.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 84. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bölow in Nöten. — Schmöller über den Fortschritt der Arbeiterklasse. Von Karl Rauisch. — Etwas von der Kriegsluft. Von Rudolf Kraft. — Der notwendige Ausbau der Zerkulosebekämpfung. Von H. Vogel. — Heimatschutz. Von Hugo Hillig. — Die beiden Arbeiterkongresse in Belgien. Von Nikolai Popowitsch. — Literarische Rundschau: Paul Matter, La Prusse et la révolution de 1848. Von F. M.

Mitteilung der Expedition.

Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf Zeitungen spätestens am Dienstag in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgesehen von dem durch Nachlieferungen entstehenden Mehrporto muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.

Inhalt von Nr. 22.

Die Arbeiter und das Submissionswesen. — Das Prämien-system in den britischen Staatsbetrieben. — Die Vorkämpfer der Metallindustrie im Jahre 1903. — Aus dem Geschäftsbericht der Maschinenbau- und Kleinmaschinenindustrie-Berufsvereins für 1903. — Die Arbeitszeit in den Werken der Westfirma Siemens-Schuckert. — Christliches. — Hirsch-Dumckertiana. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Korrespondenzen. — Rundschau: Zur Mitgliederbewegung in den deutschen Gewerkschaften im Jahre 1903. Das Neueste vom § 153. Scharfmacher-moral. Eine Flugchrift gegen den Metallarbeiter-Verband. Allgemeiner Deutscher Arbeitgeberbund. — Vom Ausland: England. Frankreich. — Literarisches.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Amburg (Bayern).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags halb 10 Uhr, in der Braumannschen Restauration.
 - Bydgosz.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Bornwärt.
 - Barmen (Allg.).** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Ziel, Parlamentstraße 5.
 - Barmen (Elsfeld) (Former und Oehrearbeit.)** Sonntag, 6. Juni, vormittags halb 11 Uhr, bei Ziel, Parlamentstr. 5, Barmen.
 - Beiersfeld, Geschäftsstelle Rue.** Samstag, 4. Juni, abends 9 Uhr, in Landrats Restaurant, Zahlabend.
 - Begeborn.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, bei W. Stille.
 - Berlin.** Sonntag, 29. Mai, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Versammlung der Rohreleger und Keller.
 - Berlin.** Sonntag, 29. Mai, vorm. 10 Uhr, Morgensprache der Schraubendreher bei Wegel, Wangelfstr. 136.
 - Sonnabend, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, Versammlung der Götler, Wöhler, Fräfer, bei Diete, Adersfrasse 123.**
 - Bielefeld (Klempner).** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, in der Zentralhalle.
 - Bitterfeld.** Samstag, 4. Juni, abds. halb 9 Uhr, im „Gambrius“.
 - Böschung, Bez. Hattlingen-Linden.** Sonntag, 6. Juni, vorm. halb 11 Uhr, bei Witwe Siegel in Hattlingen, Diskussion über Erhöhung des Gehaltsatzes.
 - Braunschweig (Former).** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Weber 32.
 - Bremen (Allg.)** Dienstag, 7. Juni, abends halb 9 Uhr, im Vereins-haus, Hanfenstr. 21/22.
 - Breslau.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Adler“.
 - Burgau.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, zu den „drei Kronen“.
 - Coburg.** Samstag, 18. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Himmelsleiter“.
 - Colnar i. S.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Adler“.
 - Darmstadt.** Samstag, 4. Juni, abends 9 Uhr, in Cramers Bierhalle.
 - Datteln.** Sonntag, 29. Mai, vorm. 11 Uhr, bei Hubert Esser, kleine Wuchstr. 25, Wierfen.
 - Düsseldorf (Allg.).** Samstag, 4. Juni, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Wergestr. 8.
 - Düsseldorf.** Samstag, 4. Juni, abds. 9 Uhr, im „Gambrius“, Friedrich-Wilhelmsplatz.
 - Durlach.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Alten Fris“.
 - Elbing (Allg.).** Samstag, 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kleine Biegelshausstr.
 - Erfurt (Klempn.).** Samstag, 4. Juni, abends 9 Uhr, im „Zivoll“.
 - Erfurt-Rod.** Sonntag, 5. Juni, vormittags 11 Uhr, bei Jäger.
 - Effen-Solterhausen.** Sonntag, 5. Juni, vorm. 11 Uhr, bei Helm.
 - Fehrenheim.** Montag, 6. Juni, abends 9 Uhr, im „Engel“.
 - Hensberg (Allg.).** Dienstag, 31. Mai, abends halb 9 Uhr, in „Mühlens-pavillon“.
 - Frankfurt a. Main: Bockenheim.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Heiner Saal.
 - Freiburg i. B.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Schwann.
 - Gaggenau.** Samstag, 4. Juni, abends 8 Uhr, zur Post.
 - Göhringen (Ab. Glas).** Samstag, 11. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Ziegler, „Zwei Schlüssel“.
 - Gelsenkirchen.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Seb. Kamp, Elfschabetplatz (Jermannsplatz).
 - Glauchau.** Samstag, 4. Juni, abds. halb 9 Uhr, im „Weißen Hof“, Zahlabend.
 - Gleiwitz O.-S.** Jeden Samstag Zahlabend im Hotel zur „Stadt Zehle“, am Alten Hofmarkt.
 - Graudenz.** Samstag, 28. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Langestr. 16.
 - Grimma i. S.** Sonntag, 5. Juni, nachm. halb 3 Uhr, im „Jägerhof“.
 - Grotzsch i. S.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Grünen Wue“.
 - Hannberg.** Am 11. Juni gemeinschaftlicher Spaziergang nach dem Döberwald. Zusammenkunft halb 6 Uhr in der Brauerei Hirsch.
 - Hagen.** Sonntag, 6. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Mann am Markt.
 - Hamm.** Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, bei Winkler, Königstr. 34.
 - Hannau a. W.** Samstag, 4. Juni, abds. 9 Uhr, im Saalbau, Mühlstr. 2, Vortag.
 - Hannover (Elektromonteur).** Mittwoch, 1. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Langwolt, Schilderstrasse 40.
 - Hannover (Feilenhauer und Schloffer).** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Dötker, Langestr. 2, 1.
 - Hannover (Heizungs-monteur).** Jeden Sonntag vormittags halb 11 Uhr, bei Dötker, Langestr. 2.
 - Hannover-Sarstedt.** Montag, 6. Juni, abends 8 Uhr, bei Räteberg.
 - Harburg (Klempner).** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, bei W. v. Rogge, Langestraße 26.
 - Halle.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Heinz Weber.
 - Hellbrunn (Allg.).** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, zur „Mole“.
 - Hirschberg.** Samstag, 4. Juni, abends halb 9 Uhr, in der Andreas-schänke zu Cuntersdorf.
 - Hörde i. W.** Sonntag, 5. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Schim-mann, Wenninghofstr. 29.

Halbe a. S. Samstag, 4. Juni, abds. 8 Uhr, in der 'Reichshalle'...

Marsburg. Samstag, 4. Juni, abends 9 Uhr, bei Daniel Felsberg...

Plauen i. B. Samstag, 4. Juni, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Schmiedeburg i. Erzgeb. Samstag, 11. Juni, abends 8 Uhr, bei Beyer...

Wismar. Samstag, 4. Juni, abends 8 Uhr, bei Beyer...

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc. Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute...

Meine Fabrikate sind bekannt als reell u. billig. Nickel-Uhren, echt Schweizer Werk...

30 Tage zur Probe! 5 Jahre Garantie. Vorleser Messer No. 27 fein hohl...

Blau Anzüge für Schlosser, Monteur, Feinere etc. kaufen Sie am vorzuziehenden...

Echte Hienlong-Essenz für 100 Arbeiter. 1 Ds. Nr. 2, 50 (80 Flasch. 2l. 7...

Formwerkzeuge aller Art liefert in saub. Ausführung Max Müller...

Schlenderhonig reinstes holsteiner hellgelb, 9 Pf. netto 3,30 Mk.

Gold- und Silberwaren. Wecker-Uhren mit Absteller v. 1,60 an...

Orkan-Fahrräder. Auch für Saison 1904 die besten und doch die allerschönsten...

Gegen Säure. Inpudrierter Anzüge, neuverarbeitet und ganz aufgenommen in allen Betrieben...

MEINEL & HEROLD. Fahrrad- und Motorwagen-Fabrikanten...

Aufsehen erregend! Für nur 6 Mark die beste u. dauerhafteste Uhr...

Hygien-Institut. Sebiline, volle Körperbäder durch unser orient. Kratzenpulver...

Magerkeit. Sebiline, volle Körperbäder durch unser orient. Kratzenpulver...

Uhren aller Art. Wecker-Uhren mit Absteller v. 1,60 an...

Achtung Former! Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former u. Glesserehilfsarbeiter Deutschlands...

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma Alexander Schlicke & Co.

Der Metallarbeiter. Uerte vergrößert. Hilfs- u. Nachschlagewerk für Dreher u. Schlosser...

Emil Gust. Maus, Solingen 10. Stabwarenfabrik und Versandhaus gegründet 1848...

D. Thomson-Depilatorium. In Pulver. Das beste u. vollständigste Mittel...

Julius Busse. Berlin C. 19, Gröbstr. 3/5 C. Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren...

Wissen Sie es schon? Das Arconafahrer die besten & billigsten sind...

Leipzig. Werten Kollegen und Mitarbeiter zur gest. Nachricht, daß ich das Restaurant zur Gerberschänke...

Lüchtiger Drücker auf Silber in rund und oval, per sofort gesucht...

Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. Grosses Konversations-Lexikon...

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Perforier- und Gummier-Anstalt...

Nur Mark 1.05. Keine Leder! 30 Tage zur Probe. Börse No. 1511 aus la. Rindleder...

Optische Artikel. Echtes goldene Ringe v. 1,20 an...

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen...

Baer Sohn. En gros. BERLIN. En detail. Schauffler-Platz 24/25, Bräudenstr. 11...

Im Erscheinen befindet sich: Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage...

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Perforier- und Gummier-Anstalt...

Nur Mark 1.05. Keine Leder! 30 Tage zur Probe. Börse No. 1511 aus la. Rindleder...

Optische Artikel. Echtes goldene Ringe v. 1,20 an...

Photograph. Apparate. Paul Kratz, Central-Versandhaus, Solingen 1-5.